

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verhalten und Verwaltung: Drag II., Režanová 15. • Telefon: 26705, 31469. • (Redaktion): 26707 • Postfach: 57544

12. Jahrgang.

Mittwoch, 27. Jänner 1932

Nr. 23.

Hiller packt mit der Schwerindustrie.

Schon wieder ein „Vortrag“ hinter geschlossenen Türen.
Düsseldorf, 26. Jänner (Tsch. P. B.) Der Führer der NSDAP Adolf Hitler hielt heute hier im Industrieklub vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie einen Vortrag. Da die Presse zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen war, kann über den Inhalt der Ausführungen zunächst nichts gemeldet werden.

Der tote Punkt immer noch nicht überwunden.

London, 26. Jänner. Von unterrichteter Seite verlautet, daß in den französisch-britischen Verhandlungen über die Abhaltung der Louvanner Konferenz noch kein Fortschritt erzielt worden ist. Die Bemühungen der britischen Regierung, eine Formel zu finden, die für Deutschland und Frankreich annehmbar ist, dauern fort. Die französische Regierung beharrt auf dem Standpunkte, den sie vorige Woche im Parlament wiederholte, und lehnt die britische Lösung ab, weil durch sie Deutschland für das nächste Jahr aller Zahlungen entledigt und so der Buchstabe und Geist des Youngplans verlegt würde.

Die ersten Torpedos gegen die Abrüstungskonferenz

von Frankreich bereits lanziert.
Berlin, 26. Jänner. Wie die Blätter aus Genf mitteilen, bringt Frankreich bei den vorbereitenden Unterredungen für die Abrüstungskonferenz die Anregung vor, die Konferenz möge einen Sonderausschuß einsetzen, der alle bisherigen Anträge in der Frage der Sicherheit studieren und ein neues Programm der Sicherheit auf der Grundlage des Genfer Protokolls vom Jahre 1924 ausarbeiten möge, dessen Annahme Frankreich als Voraussetzung für jedwede Detabellierung der Rüstungen erklärt. Die Hauptdiskussion auf der Konferenz würde gemäß den Vorschlägen Frankreichs erst nach den Wahlen in Preußen und in Frankreich stattfinden; das Plenum der Konferenz würde bis Ende März tagen, worauf eine Unterbrechung in der Dauer eines Monats eintreten würde. Dann würden wieder drei große Ausschüsse für die Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft arbeiten. Die deutschen Blätter erklären diese französischen Vorschläge als für Deutschland unannehmbar und behaupten, daß sich auch die italienische und die englische Regierung dagegen aussprechen.

Blutige Kämpfe in San Salvador.

Tegucigalpa (Republik Honduras), 26. Jänner (Neuter.) In der Republik San Salvador dauern die heftigen Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den aufständischen kommunistischen Truppen weiter an. Vor zwei Tagen eroberte in der Nähe der Stadt Sanana ein ungewöhnlich heftiger Kampf, der bis jetzt andauert. Es wird mitgeteilt, daß die kommunistischen Aufständischen die Städte La Libertad, Sonsonate und Ahuachapam besetzt haben. Auch in der Nachbarschaft der Hauptstadt ereigneten sich mehrere Zusammenstöße.

Einer Radiomeldung aus Port of Spain zufolge wurden während der Revolution in San Salvador etwa 1000 Personen getötet. Hunderte von Frauen und Kindern flüchteten an Bord eines kanarischen Schiffes.

Anderen Meldungen zufolge wurden drei Schladtschiffe der Vereinigten Staaten nach Panama entsandt, um die amerikanischen Interessen zu schützen.

Das unruhige Spanien.

Madrid, 26. Jänner. Aus Saragossa sind mehrere Kompanien Infanterie, die Maschinengewehre mit sich führen, nach den Provinzen Teruel und Huesca zur Unterdrückung kommunistischer Unruhen abgegangen.

Wie aus San Sebastian gemeldet wird, ist die Zentrale des Jesuitenordens in San Ignacio de Loyola seit Sonntag geschlossen. Die Ordensmitglieder haben sich zur Abreise nach Belgien bereit gemacht.

Die Blamage des Völkerbundes.

Er berät — die Japaner morden und plündern!

Genf, 26. Jänner. Der Völkerbundrat behandelte heute den japanisch-chinesischen Konflikt in einer nicht öffentlichen Sitzung, in der die Vertreter Chinas und Japans nicht anwesend waren. Wie verlautet, unterhielten sich die Ratsmitglieder über die Lage in der Mandschurei und das Verfahren, das der Rat unter Umständen angeht der neuen Verschärfung anzuwenden hätte. Der Vorsitzende des Rates wird im Laufe des heutigen Tages die Vertreter Chinas und Japans gesondert empfangen.

Washington, 26. Jänner. In amtlichen Kreisen betrachtet man, wie gemeldet, die Lage in Schanghai als ernst, und man erwartet, daß Japan sie nicht durch Landung von Truppen in der internationalen Niederlassung noch weiter komplizieren. Solange die Mannschaften der japanischen Kriegsschiffe auf dem japanischen Tod im chinesischen Stadtteil belassen würden, sei Grund für ein amerikanisches Einschreiten nicht gegeben, und man werde daher einstweilen keine Schritte bei der japanischen Regierung unternehmen. Der japanische Votschafter in Washington befindet sich übrigens in Savanna, da er gleichzeitig Gesandter in Kuba ist.

Tokio, 26. Jänner. (Neuter.) Der Kommandant des Bahnschiffes der ostchinesischen Eisenbahn ließ seine Truppen in das Chinesenbierfeld von Charbin eindringen; 30 chinesische Polizisten und 20 chinesische Bürger sollen getötet worden sein.

Außerdem sollen die Truppen den ganzen Stadtteil geplündert haben. Das Vorgehen des Kommandanten entspringt anscheinend der Verzögerung darüber, daß sich die östlichen chinesischen Truppenbefehlshaber über seinen Kopf hinweg mit dem Gouverneur der Provinz Kirin verständigt haben.

Tokio, 26. Jänner. (Neuter.) Mehrere japanische Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sich nach China zu begeben. Man vermutet, daß ihr Bestimmungsort Schanghai ist.

Schanghai, 26. Jänner. (Neuter.) Die Lage in der Stadt ist ruhig, aber die Stadt scheint sich zur Abwehr gegen die Japaner vorzubereiten. Chinesische Truppen haben sich im Weichbild der Stadt verschanzt.

Ein neues Ultimatum.

Peking, 26. Jänner. (Neuter.) Der hiesige Charge d'Affaires besuchte den ehemaligen Oberkommandanten der mandschurischen Armee Marschall Tschangjueliang und erklärte, auf Grund einer Instruktion des japanischen Außenministeriums die Einstellung des Blattes „Pekin Reader“, die Verhaftung des Redakteurs und Entschuldigung wegen der Veröffentlichung des Artikels über die Korea-Frage fordern zu müssen.

Der russisch-polnische Freundschaftsvertrag.

„Unantastbarkeit des Territoriums“. — Auch die Neutralitätsklausel bei Konflikten mit dritten Staaten aufgenommen.

Moskau, 26. Jänner. (Tsch.) In dem Nichtangriffspakte, den gestern im Namen der Sowjetunion der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litwinow und namens der Polnischen Republik Gesandter Stanislaus Patel paraphierte, erklären beide Vertragsparteien, daß sie, befeelt von dem Wunsche, daß der Friede zwischen beiden Staaten erhalten bleibe, in ihren gegenseitigen Beziehungen auf den Krieg als Werkzeug internationaler Politik verzichten und sich verpflichten, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen jeglicher aggressiver Handlungen und Angriffe gegen einander sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten zu enthalten.

Als Handlung, die den Verpflichtungen des gegebenen Artikels widerspricht, wird jeder Gewaltakt anerkannt, der die Integrität und die Unantastbarkeit des Territoriums oder der politischen Unabhängigkeit der anderen Partei verletzt, und zwar auch dann, wenn diese Handlungen ohne Krieg und unter Vermeidung aller möglichen Kriegssymptome begangen wurden.

Im zweiten Artikel verpflichteten sich beide Staaten, daß im Falle eine der Vertragsparteien von einem dritten Staat oder einer Gruppe dritter Staaten angegriffen werden sollte, die andere Partei dem angreifenden Staat im Laufe des ganzen Konfliktes weder direkt noch indirekt helfen oder ihn unterstützen dürfe. Falls eine der beiden Vertragsparteien eine aggressive Handlung gegen einen dritten Staat unternimmt, so ist die andere Partei berechtigt, ohne vorhergehende Verständigung den gegebenen Vertrag zu denuncieren.

Durch den Artikel III. verpflichteten sich beide Vertragsparteien, keinerlei Anteil an irgendwelchem Übereinkommen zu nehmen, die vom

aggressiven Standpunkte aus offensichtlich feindselig gegen andere Parteien gerichtet sind. Im Artikel IV. wird konstatiert, daß durch diesen Vertrag die Verpflichtungen nicht berührt werden, die die beiden Parteien vor Abschluß des Vertrages übernommen haben, insofern es sich nicht um Verpflichtungen handle, die aggressive Elemente beinhalten.

Durch Artikel V. verpflichteten sich beide Vertragsparteien, bestrebt zu sein, ihre Streitfälle und Konflikte jeder Art und Ursprungs bloß durch friedliebende Mittel zu lösen, und alle jene Streitfragen, hinsichtlich der in einer entsprechenden Zeitperiode kein Übereinkommen auf diplomatischem Wege erreicht werden kann, einem Schlichtungsverfahren gemäß den Bestimmungen der Konvention über die Anwendung des Schlichtungsverfahrens zu unterwerfen, die einen untrennbaren Bestandteil des Vertrages bildet und die besonders unterzeichnet und in möglichst kurzer Frist gemeinsam mit dem Nichtangriffspakt ratifiziert werden muß.

Beunruhigung in Buzarek

Buzarek, 26. Jänner (Rador). Die hiesige Presse kommentiert mit großem Interesse die Nachricht über die Paraphierung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. In den Kommentaren wird allerdings auch erklärt, daß die einfache Unterzeichnung noch keineswegs die Durchführung bedeute. Einmütig wird auch die Tatsache betont, daß es nicht notwendig sei, in den Verhandlungen mit Sowjetrußland eine Abschwächung der Solidarität der in Betracht kommenden Staaten zu erlöben. Die Blätter erhalten aus informierter Quelle die Nachricht, daß die Ratifizierung des französischen und des polnischen Paktes mit Sowjetrußland von dem Erfolge des gleichen Paktes mit Rumänien und den baltischen Staaten abhängt.

Einnahmen gedeckt seien, durch Ausgabe von Schatzscheinen deden, und hoffe in naher Zukunft durch erhöhte Steuern das Defizit ausgleichen zu können. Weber die Ausgabe dieser Schatzscheine noch die Gewährung von Krediten an die Privatindustrie stellen eine Inflation im europäischen Sinne dar, da der Banknotenumsatz dadurch nicht gesteigert werde.

Amerika bleibt beim Goldstandard.

Washington, 26. Jänner. Im Weißen Haus wurden heute die in europäischen Blättern gemachten Behauptungen über eine bevorstehende Inflation in den Vereinigten Staaten als unbegründet und als auf Verleumdung der Sachlage beruhend zurückgewiesen. Amerika werde die erforderlichen Ausgaben, so weit sie nicht durch

Der Fehler in der Rechnung.

Es galt früher für jeden Sozialdemokraten als Selbstverständlich, daß die Kämpfe der sozialistischen Bewegung nur mit geistigen Waffen zu führen sind. Jahrzehnte lang nahm die Bourgeoisie davon keine Kenntnis und sie hütete sich davor, sich auf das Gebiet der ehrlichen geistigen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zu begeben. Erst seit dem Umsturz, der in einer Reihe von Staaten die alten Mächte und ihre Ruhmeherschichten der Herrschaft und des Einflusses beraubt hat, erinnernten sich diese, daß die sozialdemokratische Arbeiterklasse jede Gewaltanwendung in ihren Kämpfen verschmähe und das wurde nunmehr geradezu ein Posten, ja der wichtigste in der Rechnung der Feinde der Arbeiterklasse. Auch jetzt natürlich nicht in dem Sinne, daß sie sich geistig gerüstet hätten, um in sachlicher Weise den Wortführern der sozialistischen Arbeiterklasse entgegenzutreten und zu versuchen, die sozialistischen Bestrebungen zu widerlegen, sondern indem sie kalkulierten: die Arbeiter haben keine anderen Waffen als die ihrer Ueberzeugung, des Bewußtseins ihres guten Rechtes, wie dagegen bezahlten und organisierten eine bis an die Zähne bewaffnete Armee von Soldaten, puzen die Horden mit Mahnenfedern oder irgendwelchen halbamtlichen Uniformen und einigen verlogenen ideologischen Schlagworten von Heimatliebe und Volkstreue auf und bei der ersten sich anbietenden Gelegenheit werden sie nur auf den geistigen Kampf erpichten Arbeiter wehrlos von uns knechten und abschachten lassen.

Mit Bestürzung und Schrecken haben die Hintermänner und Führer des Mahnen-schwanzfaszismus in Oesterreich, hat die Gruppe der von den Großindustriellen unterstützten bankrotten Existenzen, die nach der Futterkrippe des Staates gieren, wahrnehmen müssen, daß die von ihnen aufgestellte Rechnung ein gewaltiges Loch hat. Kampf mit geistigen Mitteln — das galt solange auch für die österreichischen Arbeiter, als nicht die Bourgeoisie den Boden der brutalsten und blutigen Gewalt betreten hatte. Nun, da der im Solde der Schwerindustrie stehende Heimwehrfaszismus seine Zurüstungen zum Bürgerkrieg seit Jahren betrieben hatte, sich dabei nicht einmal eine gewisse Heimlichkeit aufzulegen und tagtäglich mit der Gewaltanwendung drohte, wäre es kläglich und lächerlich gewesen, gegenüber den Revolvern, Gewehren und Maschinengewehren noch einzig auf Wort und Geist das Vertrauen zu setzen und bescheiden zuzuwarten, bis der Faszismus seine Drohungen, die Demokratie und Verfassung zu vernichten, ihre Verteidiger wie tolle Hunde niederzuschießen, wahr machen werde. Und so wurde bei einer Hausdurchsuchung im Ottakringer Arbeiterheim entdeckt, daß auch die Arbeiterschaft nicht wehrlos und unbewaffnet sei, daß sie vielmehr entschlossen ist, gegebenenfalls Republik und Demokratie, Verfassung und Ertrungenschaften der Arbeiterklasse mit denselben Waffen in den Fäusten zu verteidigen, deren sich die faszistischen Horden im angekündigten Kampfe gegen sie zu bedienen gedenken.

Darob fürchterliches Entrüstungsgekrei im gesamten antimarkistischen Lager. Welch eine Verfündigung gegen die heiligsten Güter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung! In einem sozialdemokratischen Arbeiterheim wurde ein Waffenlager gefunden und ein recht respektables noch dazu. Wie, die Sozialdemokraten haben doch immer gesagt, daß sie nur geistige Waffen lieben und nun steht hier: da waren zahlreiche Gewehre, Maschinengewehre und allerlei Munition sorgfältig eingemauert und das ist gewiß nur eines der Waffendepots des sozialdemokratischen Schutzbundes, weh der Himmel, wie viele andere es deren noch

im Lande gibt! Was ist das für eine Wirtschaft! Der Besitz von Waffenlagern war doch bislang ein heiliges Vorrecht der hahnen-schwänzerischen Verfassungstürmer, die mit Wissen der Behörden in Schlössern und Klöstern Waffen anhäufen konnten! Da schwindet ja die Ansicht, gefahrlos einen Putsch zu veranstalten, denn wenn auch die Führung des gewonnenen Erfahrungs sein duldiam sich Bundesheeres und der Polizei gemäß der verhalten sollte; so besteht die Gewissheit, daß die Arbeiterklasse der Vernichtung der Republik und Demokratie nicht tatenlos zuschauen und sich nicht gutwillig abblachten lassen wird! Eine solche Erkenntnis ist schon geeignet, einem die Lust und Freude am Putsch böse zu verleiden und darum wütet die Presse derer, die darauf ausgehen, mit Gift und Stahl Verfassung und Marxismus auszurotten, wie Befessen.

Dem aufgeregten und in seinen heiligsten Empfindungen verletzten Faschisten antwortet die sozialdemokratische Arbeiter-schaft in aller Ruhe: Ihr, gerade ihr, seid überrascht und entrüstet, weil ihr durch schuf-tige Verräterei eines unserer Waffenlager ausgehoben habt? Na, wir haben auch Waffen und wir werden sie haben, selbst wenn es euch gelingt, noch eines oder das andere unse- rer Waffendepots zu entdecken! Aber selbst ver- ständlich wissen wir, daß der Besitz und die Verwendung von Kriegsgerät un ge- fährlich ist, wir sind aber der Meinung, daß dies für alle gilt und nicht nur für uns! Der Unterschied zwischen euch und uns ist der, daß wir die Waffen bereithalten zum Schutz des Gesetzes und der republikani- schen Verfassung, während ihr um eurer Herrschaft willen zum Bürgerkrieg rüft. Wir sind stets bereit, zu den früheren For- men unseres Kampfes zurückzukehren und wir haben im Laufe der letzten Jahre wiederholt eine geistige Umrüstung in Vorführung gebracht. Doch ihr, weil ihr glaubt, der Waffen mehr zu besitzen, habt nichts davon wissen wollen. Jetzt ist euch der Schrecken in die Glieder ge- fahren, da ihr die Entdeckung gemacht habt, daß Oesterreich nicht Italien ist, wo die Ar- beiterklasse, gelähmt durch den von Moskau geschürten inneren Streit, gelähmt war und sich vom Faschismus in ein furchtbares Joch der Sklaverei spannen lassen mußte. Wie war es am 13. September? Da gab der Bundes- führer der Heimwehr Dr. Pfrimmer das Zei- chen zum Losschlagen und auf Mauerschlägen ließ er verkünden, daß die Verfassung aufgehoben sei, daß er alle Staatsangestellten und das Militär vom Dienst abentbinde und er nun selber die Macht im Staate an sich nehme. Zugleich ließ er seine schwerbewaff- neten Banden aufmarschieren, die Rathäuser, Arbeiterheime und Regierungsgebäude besetzen und auf sozialdemokratische Arbeiter schießen, welche Schießerei neben zahlreichen Verletzun- gen den Tod zweier Arbeiter zur Folge hatte. Wie aber verhielt sich die zum Schutze der Verfassung berufene Regierung? Manche ihrer Organe fraternisierten offen mit den Banditen, die Regierung aber ließ sich solche Zeit, den putschenden Heimwehren Abteilun- gen des Bundesheeres entgegenzuschicken, daß

diese, als sie sahen, daß es doch ernst werden könnte, sich in Gemütslichkeit verziehen und den größten Teil ihrer Waffen in Sicherheit bringen konnten. Nur widerwillig und erst nach einigen Tagen schritt die Regierung an die Verhaftung einiger der Anführer der Putschisten, wobei sie ankündigte, es würde mit der vollen Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen werden, doch die Justizkomödie endete wie sie begonnen: mit dem Freispruch der Hochverräter und Arbeitermörder!

Der Arbeiterklasse fällt es nicht, auf einen Bürgerkrieg loszusteuern, der das Ver- derben aller bedeuten würde, aber sie ver- spürt auch keine Neigung, sich von dem vom Großkapital aufgefütterten und unter der Führung ehemaliger, schwarz-gelber, abge- takteter Offiziere, verblödeten Adeliger und machtungriger Advokaten stehenden Faschis-

Anleihe parlamentarisch erledigt.

Prag, 26. Jänner. Der Senat nahm heute nach längerer stellenweise stürmischer Debatte die Vorlage über den Milliardenkredit in beiden Lesungen an und vertagte sich dann wieder, ohne einen neuen Sitzungstermin festzusetzen. Vermut- lich dürfte die nächste Sitzung erst Mitte Februar stattfinden.

Referent über die Vorlage war der tschechische Rationalsozialist Panet, der zunächst seine Be- hauptung aus der Budgetdebatte zurückzog, der Pfarrer von Nieder-Bindewitz habe beim Begräb- nis der Opfer des Zusammenstoßes vom 23. No- vember eine „staatsfeindliche“ Rede gehalten.

Aus dem Rahmen der sonst üblichen Referate fiel die Kritik Panets an der feinerzeitigen ver- späteten Verhandlung der sogenannten Konver- tierungsanleihe vom Mai des Vorjahres durch das Abgeordnetenhaus. Die Anleihe, die zur Renoverierung über verzinslicher Staatsanleihen dienen sollte, wurde bekanntlich nicht reali- siert, weil sich inzwischen die Geldverhältnisse auf dem französischen Markt, wo die Anleihe hätte untergebracht werden sollen, verschlechterten. Panet erklärte nun, die Schuld daran trage die verspätete Annahme durch das Abgeordnetenhaus. Wenn man die Anleihe realisiert hätte, so wären viele Sorgen am Jahreschluss weggegangen und man hätte auch an den Zinsen 217 Millionen erspart. Die Regie- rung sei eben nicht genügend energisch gewesen, sonst hätte sie die Verhandlungen in den geforderten Rhythmen beschleunigen müssen.

Zur heutigen Anleihe erklärte Panet, man könne sich gar nicht vorstellen, was 600 Millionen Franken in guten Dollars heute für die Belebung des Arbeitsmarktes und der Produktion bedeuten können. Er glaubt, daß die Anleihe, die direkt vom französischen Staat gewährt wird, billiger sein wird als die vorjährige Anleihe.

Die Debatte, an der sich sieben Redner be- teiligten, gab Herrn Scholz vom Bund der Land- wirte Gelegenheit, zu einer Kattade gegen die Ar- beitslosenunterstützungen. Sicher wird nach seiner Meinung ein Teil der Anleihe zur Arbeitslosen- unterstützung herangezogen werden und da wäre zu untersuchen, wer bedürftiger ist, ob der städtische Arbeiter oder der Gebirgsbauer. Verwunderlich sei, daß die Sozialdemokraten am meisten dazu bei- tragen. Die Staatskassen leeren zu helfen. In solchen Zeiten wie heute dürfe es nicht als Beraubung der Freiheit angesehen werden, wenn den jugendlichen Arbeitern bis zum 21. Lebensjahre (!!!) der Eintritt in jede Fabrik

mus morden zu lassen. Die Kerikal-faschistische Regierung sucht ihm beizuspringen und läßt eifrig nach Waffenlagern des Schuhbundes suchen, während sie die Waffen der Heimwehr, deren Adressen ihr wohlbekannt sind, nicht zu finden vermag. Torheit, zu glauben, die Ar- beiter wären nun waffenlos, weil eines ihrer Depots geplündert wurde! Es gilt die Parole: Jetzt erst recht! Trotz der Notzeiten opfern die Arbeiter ihre letzten Groschen, damit das Verlorene doppelt und zehnfach ersetzt werde. Und wenn die Faschisten und ihre Helfers- helfer darob die Gänsehaut kriegen, so ist ihnen entgegenzuhalten: Ja, Gehegestreue, Frieden und Ruhe, solange die Regierung diese Güter selber achtet und sie wird sie haben, aber erst dann, wenn die Gewähr gegeben sein wird, daß sie ehrlich den gesetz- mäßigen Zustand zu schützen versteht!

unterjagt und ihnen auch jegliche Arbeitslosen- unterstützung verweigert werde. — Wenn die Herren vom „Böcker“ nur nicht vor Neid zerfliegen, daß ein deutscher Kollege die Krupellose, ver- logene Dege gegen die Arbeitslosen nun schon auch so gut trifft wie der „Böcker“, der bisher unerreicht dastand!

Gilgenreiner hielt es für gut, wieder ein- mal von einer Kürzung der Staatsangestellten- gehälter heranzureden. Im Schlusswort erklärte der Referent hierzu ausdrücklich, daß die Gerüchte, wo- nach man ab 1. März eine zehnprozentige Herab- setzung der Staatsangestelltengehälter plane, nicht der Wahrheit entsprechen.

Gilgenreiner brachte auch die Reparationen aufs Tapet und erklärte, wenn Frankreich Deutsch- land zum politischen Radikalismus treibe, dann würden es wir in der Tschechoslowakei am ersten zu spüren bekommen. Die Reparationsfrage wurde später auch von Modzisek (tschech. Soz.-Dem.) aufgegriffen, der sich den französischen Standpunkt stellenweise recht ausgiebig zu eigen machte. Während seiner Rede kommt es zu dezent- heftigen Ausritten zwischen einigen Kommunisten und tschechischen Sozialdemokraten, daß man jeden Moment Tätlichkeiten erwarten mußte.

Für die deutschen Rationalsozialisten erklärt Köhler, daß sie auch hier für die Vorlage stim- men werden.

Auf eine Rede Stodlas (Rep.) über die Methoden der Reisendeämpfung erwiderte als letz- ter Redner Mikulidel (Komm.) mit dem Hinweis, daß die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen das einzige Rezept sei, mit dem man der Krise beikommen könne.

Am Schluß der Sitzung wurden noch die- gestern verhandelten Zusatzabkommen mit Frankreich und Holland in zweiter Lesung genehmigt.

Der Immunitätsausschuß des Senats be- faßte sich heute mit der Weisung des Präsidiums, sich über die Vereinbarkeit des Senatoren- mandates mit gewissen Funktionen in Geld- anstalten und Versicherungen zu äußern. Im konkreten Fall handelt es sich um die Landbändler Stöhr, Kahler und Lippert, die diese Frage angeschnitten haben. Analog dem Beschluß des gleichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses wird auch hier das Senatspräsidium ersucht werden, den Tatbestand der Anfrage auch auf die in den §§ 1 bis 8 aufgeworfenen Fragen zu erweitern. Zum Referenten wurde der tschechische Genosse Dr. Witt bestimmt.

Der selbstherrliche Bezirks- hauptmann von Dux.

Eine Interpellation unserer Genossen im Senat.

Prag, 26. Jänner. Die Genossen Dr. Hel- ler und Jarolim haben heute im Senat an den Minister des Innern wegen eines Erlasses des Bezirkshauptmannes in Dux folgende Inter- pellation gerichtet:

Der Bezirkshauptmann in Dux hat an die Angestellten der Bezirksbehörde einen Erlass hin- ausgegeben, in welchem er feststellt, daß die Beamten, welche ihre Angelegenheit vor der Be- zirksbehörde verhandeln wollten, den Sekretär der politischen Partei, welcher sie angehören, mit- brochten. Der Bezirkshauptmann ordnete an, daß alle Angestellten gegen Beschäftigung verständigt werden, daß sie niemals von ihm empfangen werden, wenn sie ihre Angelegenheiten in Ge- genwart von dritten Personen vortragen wollten, weil dies mit ihrer Dienststellung in Widerspruch stehe.

Dieser Erlass des Bezirkshauptmannes in Dux widerspricht vollständig den staatsgrund- gesetzlich gewährtesten Rechten der Staatsange- stellten. Es kann und darf keinem Staatsange- stellten verweigert werden, seine Angelegenheiten unter Hinzuziehung eines Vertrauensmannes seinen Vorgesetzten vorzutragen. Das Vorgehen des Bezirkshauptmannes in Dux ist aber auch unvereinbar mit den demokrati- schen Grundfäden, auf welchen dieser Staat nach der Verfassung aufgebaut ist. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit, daß dem Herrn Bezirkshauptmann in Dux klargemacht wird, er habe diesen Erlass sofort zurückzu- ziehen und tragen den Herrn Innenminister, ob er in diesem Sinne vorgegangen ist.

Auch die Gewerdepartei gegen den Fürsorgeminister.

Sie schließt sich der agrarischen Hepe an.

Raum sind die Herren vom „Venkov“ und „Böcker“ etwas stiller geworden, wendet sich nun der führende Abgeordnete der Gewerbe- partei, der ehemalige Eisenbahnungs-Minister Rajman, gegen die Tätigkeit des Fürsorgeministers. Das, was das Ministerium für soziale Fürsorge gegenwärtig in der Arbeitslosenunter- stützung tue, verdiene, so schreibt der „Nový Böhemia“, das Organ des Herrn Rajman, die schärfste Kritik, das sei nicht die Unterstützung, sondern die Erzeugung der Arbeitslosigkeit im großen. Die sozialistischen Gewerkschaftssekretäre gehen angeblich im Lande herum und werden kleine Bauern und Häusler für die Gewerkschaften, damit die so Angeworbenen Arbeits- losenunterstützung bekommen. Auch die Ziegeleiarbeiter und sogar Angestellte von Jer- lussen bekommen die Arbeitslosenunterstützung. Wenn man aber jemanden zum Schneeschaukeln braucht, so könne man keine Arbeitskräfte bekom- men. Was schließlich die Ernährungsarten bet- rifft, so werden sie oft unter dem Preise gehan- delt und von Arbeitslosen beim Kartenspiel verspielt.

Wie man sieht, will Herr Rajman was Grabheit und grundlose Verdächtigungen betref- fen Agrariern nicht nachsehen. Für das, was Herr Rajman da sagt, vertritt er auch nicht den geringsten Schatten eines Beweises zu erbringen, er hat nur den Wunsch, den Agrariern, deren Anhängsel die Gewerdepartei ist, nach dem Munde zu reden.

Uebrigens wendet sich gegen das Ministerium für soziale Fürsorge eine Versammlung, welche

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhric

15
Du mehr langte es nicht. Bald haben die Krämp- pel wieder Hunger! Hunger! geschrien! Wenn ich um Nachschuß kam, sagte der Schurke: „Dalt deine Gock! Ansonst!“ So zahlt sich die Welt aus. Solcher Dank ist der Pfaffen Lohn. Doch ich hab's mir mit Wasir hinter die Ohren ge- picht und hab mich dahin befragt, wo der Bus liegt. Bei den Dominikanern war's, auf der Insel. Dort lag er im Turm. Eine bestunfene Gegend, es roch ärger als im Grabe des Lazarus. Wer durch will, muß sich vor lauter Mönchsdröck die Nase zuhalten. Ich hab mir sie zugehalten was tut man nicht alles für seine Familie! Ich hab mit den Herren, mit den Stoffnichten und mit Hus selber verhandelt. Gegen gute Bezah- lung versteht sich. Ich habe die Wächter be- stochen, so daß sie mir aus der Hand trafen. Ich hab Schreibzeug eingekauft, Tinte, Ver- gament und Bücher, so viel ich nur wollte. Die Briefe und Zettel, die Hus schrieb hab ich ent- gegengenommen und Peter, dem Notar, gegen einpfrechendes Botengeh' beghendet. Aber zuvor hab ich in entlegener Kammer Abschriften von den Briefen gefertigt. Aus gutem Grund. Man weiß ja, wo Geld ist, da ist der Teufel weimal. Drum, als ich wieder einmal einen der Beetzehube aus- treiben mußte, habe ich diese Abschrift an die frommen Väter verhandelt. Sie schwirren drauf, wie die Flöhe auf Schmeiß, und als sie fertig waren mit Lesen, schauten sie sich an, als sei der Heilige Geist eine Käternags und nicht eine Laube. Ich habe mir eingekipfelt, viele Verhöderung sei von meiner Seite aus ein Mei- sterreich gewesen. Ja, Rosenknecht! Es war eine falsche Einbildung und mnerseits ein sehr

dummer Streich. Denn von da an haben sie Hus an die Kerkertie getan und ihm viel Was- sers in die Tinte geschüttet. Aus war's mit dem Schreiben, aus war's mit dem Vorfachsten. Herr, Schöpfer der Welt, Spender der Güte, schaff Geld! Zah wenigstens Pfennige tröpfeln, wenn's nicht ein Taler-Rogen sein kann! Wie hab ich mir noch neuer Einnahmequelle den Schädel zermar- tert! Die Finger wurden ganz blaß vom Saugen. Es ist nicht jeder Tag Montag, aber heute scheint er's zu sein. Ich muß mich mit hüten, auf die Steinfloren zu treten! Das aufgepaßt, richte die Schritte so ein, daß der Fuß immer auf die Mitte der Platte trifft! Das war als Kind schon mein Glaube. Wenn ich das fertig kriegte, ging alles gut; wenn ich dazogen fehlte, strich mich die Rute. Lieber andere streiden, als selber gestri- chen zu werden! Aber die Sprichwörter sind nicht da, um zitiert, sondern um angewandt zu werden! In meinem Fall also heißt es, unge- läumt die Erben für Auslaß strecken! Geht alles ordentlich auf, so hat die Alltagschinderei ein Ende. Das Geld von der Stadt, von der Konz- le, des Königs und schließlich noch das von den Pömmen dazugelegt, da mühte es schon mit der Altraune zuwehen, wenn sich damit nichts anhaf- fen ließe. Es braucht nicht gerade ein Landgut zu sein. Es könnte auch eine gutgehende Pfrog- nerei sein. Als Handelsmann leben, ist nicht viel unehrlicher denn ein Leben als Spittel. Da- für weniger aufregend, ungeheiter, und darum gefeinder. Da lebt man vom Drauffschlag, von der Spanne zwischen Einkauf und Verkauf. Bei uns aber lebt man vom Grundstod. Die Spittel ist wie ein Wagen, der sich selber verdonn. Zum Schluß ist nur noch sinkende Jauche da. Doch, warum soll ich mich plagen und vor jedem, der einen Heller bringt, schwarzen und fapud'n?! Versteht ist es gescheiter, ich lege mein Geld beim Unkenbrenner in Schaffbauten an. Der Kerl kann ja Gold machen. Aus nichtswürdigen Kröten, die sonst nur die Gärten und Keder be-

hüpfen, flodet er Gold. Ausschellen hat er lassen, daß er für Leihgeld innert zwei Jahren das Dop- pel an Zins gibt. Morgen kommt er ja her, männiglich seine Kunst zu zeigen. Augen auf, Jagg! Unkenbrenner ist eine gute Möglichkeit. Eine Zeilang habe ich geglaubt, Weizer zu wer- den sei eine bessere. Aber seitdem jeder, der drei Weinsteden im Keller stehen hat, den grünen Beien vor die Tür hängen darf, seitdem ist es mit der Ausschankherrlichkeit vorbei. Um so mehr, als der hochweisse Rat immer wieder ver- ordnen läßt, daß an Sandwerferteichte, Pfaffen- knechte und an dienende Knechte nicht mehr aus- geschenkt werden darf. Von dem jedoch, was die Herren verlossen haben, ist noch kein Wirt schellig geworden. Je reicher, desto mehr Zeicher! Die laufen in ihre Tasche. Nun, vielleicht bleib ich mit dem Geld in der Stadt und lasse, wenn das Konzil aus ist, ein paar Wehtühle klappern. Konstanzer Vinnat ist ja die festroteste im Lande, Rantzpral, bei dem alle Häden zusammenlaufen, hat seine Diener bis tief ins Weichland hinein sitzen. Er ist ein guter Abnehmer und zahl- bar. Die Ware muß selbstverständlich tadelfrei sein, set im Schuh und nicht locker und knotig. Doch das soll nicht meine Sorge sein. Dafür mag der Pöschelmeister, den ich anstellen werde, seine Gesellen und Untergebenen in den Knorpel tre- ten. Wie gesagt, ich würd' mich auch hier am Drauffschlag begnügen. Doch erst das Geld haben! Bewiß, die Sache, die ich jetzt bringe, ist gut. Die Frage ist bloß, wird sie dem Vogt, dem Ab- knuder, wirklich fünfzig Gulden wert sein? Viel- leicht findet er meine Forderung unterschäm. Er hat mir ja schon einmal ins Gesicht hinein gesagt, er könne meine Zeitungen wohlfeiler haben. „Wieso?“ hab ich gefragt. Da hat er das Jankeisch freigelegt: „Du sinkender Haus- sen Müß, ich las dich einloch auf die Polter spannen!“ Es sollte war ein Wig sein, aber an seinen Augen hab ich gespürt, daß dieser Wig- dichtung beim Ernst vordreistrich. Nein, alles was

recht ist; ich möchte nicht in Daum'schrauben steden! Wie war's damals mit dem schieligen Enderle, als sie ihn auf dem Rief hatten? Dem haben sie die Sehen ausgepöcht und auf Spul- len gewidert! Nein, da will ich schon lieber zehn Gulden von vornherein ablassen und dem Vogt den Kram für rundaus vierzig anbieten. Vierzig Goldgulden sind ja auch eine schöne Stange Geld. Schätzungswerte ist es der Jahreslohn des Stadt- schreibers, der gemeinlich meine Auslagen ins Protokollbuch aufnimmt. Der wird vielleicht tüdlich werden, wenn er meine Forderung hört. Er braucht ja dem Vogt bloß mit dem Auge zu blinzeln, und der Ungehe ist fertig. Höre, Jagg Jagula, alter Armbrüstzieler, es ist bestimmt besser, du forderst für deine Neutigkeiten nicht mehr als höchstens dreißig Gulden! Das ist immerhin noch ein ansehnlicher Pfundschag. Um diesen Schöpfung Geld zu verdienen, muß der Nachrichter zwanzig arme Sünder henken, und da braucht er gar manche Biegung ins Hand- gelenk, ganz abgesehen von dem zwanzigmaligen March raus zum Galgen. Das wird mir auch der Sälter an der Stadtkasse vorrechnen. Es ist aussichtslos, daß ich dort bei dem Kneifspitzen mit meiner Forderung durchkomme. Wenn der seinen schlechten Tag hat, ist er imstand und läßt mich auf den Bod spannen. Dann krieg ich statt der dreißig Gulden dreißig mit dem Lohenzie- mer auf die nackte Kerbe. Sei also noch beschei- dencz. Jagg, laß mit dir reden, mach's für fünf- undzwanzig!“

Mit diesem Vorfah betritt Jagula, einge- schriebener Kundschoster der guten und getreuen Stadt Konstan, im Register der Späher mit Nummer 19 bezeichnet, die Räume der Stadt- vogtei.

Der Eingangstüre gegenüber hängt an der Ländwand das höhnlich verzogene Gesicht eines Pallenkönigs.

(Fortsetzung folgt.)

Erklärung:

Unter Bezugnahme auf den am 23. September 1931 erschienenen Artikel: „Betrug an den Arbeitslosen“, sowie die Bemerkung zur pressgesetzlichen Veröffentlichung in der Nummer vom 30. September 1931 erklären wir, daß wir die Arbeitnehmergewerkschaft der Deutschen Nationalpartei nicht beschuldigen können, einen Betrug an den Arbeitslosen verübt zu haben und regelmäßig bloß den Staatsbeitrag ohne Organisationsbeitrag als Arbeitslosenunterstützung auszugeben.

Wir ziehen deshalb diese Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Die Redaktion.

Die Vertreter des rechten Flügels der Agrarier in Deutsch-Böhmen haben, und worin gelangt wird: „Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß unsere Gegend (1) verpflichtet ist, das Signal zur Umkehr zu geben. Wir haben kein Vertrauen zu dieser Koalition, die unter der Ägide der Herren Czoch und Bohmne steht. Wir rufen aus der tiefsten Überzeugung nach der Veränderung dieses Regierungsregimes.“

Den Gefallen nach einer Veränderung des Regierungsregimes können die anderen Parteien den Agrariern schon machen, nur, daß dies eine Regierung ohne die Agrarier sein könnte.

Um Schonung für die Ausbeuter

bittet die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft.

Die die „Bohemia“ berichtet, hat in den Tagen vom 21. bis 24. Jänner die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft eine Beratung abgehalten. In der dort angenommenen Entscheidung wird die weitere Desfunktionalität vor allem die folgende Stelle interessieren:

Die D.M.G. warnt, die herrschende Not zur Durchsetzung gewogter wirtschaftlicher Doktrinen rein klassenmäßiger Weltanschauung zu mißbrauchen. Eindringlich muß besonders vor einer Erweiterung staatlicher Eingriffsbefugnisse in die Wirtschaft gewarnt werden.

Unter dieser Erweiterung staatlicher Eingriffsbefugnisse in die Wirtschaft ist jedenfalls das Banken- und das Kartellgesetz gemeint, gegen welche letzteres Herr Dr. Bacher, der übrigens in dieser Tagung zum Reichsgeschäftsleiter der Partei gewählt wurde, sich schon in der „Bohemia“ gewandt hat. Jedesmal, wenn es sich darum handelt, die ängstlichen Auswüchse kapitalistischer Wirtschaft und kapitalistischer Ausbeuterherrschaft zu beschneiden, tritt die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft auf den Plan, um ihre „warrende Stimme“ zu erheben. Die Herrschaften tun immer bei Wahlen so, als ob sie die Vertreter insbesondere der Angelegenheitslosen wären, in Wirklichkeit lassen sie sich ihre Wirtschaftspolitik von den Industriellen diktieren. Während die kapitalistische Wirtschaft zusammenbricht, halten sie noch immer an der alten liberalen Wirtschaftspolitik fest, welche die wirtschaftliche Freiheit jedes einzelnen, vor allem die Freiheit den anderen auszubedenken, proklamiert. Die von der D.M.G. beschlossene Resolution besagt neuerdings, daß diese Partei eine Ruine ist, welche aus der Zeit des Liberalismus in unsere von Klassenkämpfen erfüllte Zeit, in der jeder sagen muß, ob er auf die eine oder andere Seite tritt, hinüberträgt.

Die Glasmacherkunt im Böhmerwalde am Aussterben.

Der Betrieb der Firma Stöckle in Suchenthal stillgelegt. — Das Werk vor der Niederreichung.

Aus Suchenthal in Südböhmen kommt eine neue erschreckende Arbeitslosigkeit. Am Samstag, den 16. Jänner, wurde die ganze Belegschaft, Arbeiter als auch Angestellte, der der Firma C. Stöckle gehörigen Glasmabrik entlassen und der Betrieb endgültig stillgelegt. Suchenthal ist das älteste Werk der Firma Stöckle und das zweitgrößte nach dem Betrieb in Germaunshütte. Die Auffassung dieses Betriebes, der demnächst auch wiedergerichtet werden soll, betrieft 230 der besten Facharbeiter und 70 sonstige Beschäftigte. Die Familienangehörigen dazugerechnet, sind durch diese Entscheidung der unter Bankenkontrolle stehenden Firma 1200 Menschen um ihre Lebensgrundlage gebracht worden. Die Glasfabrik war der einzige Industriebetrieb in Suchenthal und der weiteren Umgebung.

Druckorten der Krankenkassen müssen umsonst sein.

Entscheidung des Verwaltungsgerichtes.

Wie die „Lidove Roviny“ berichtet, hat das Oberste Verwaltungsgericht in einem konkreten Falle eine grundsätzliche Entscheidung gefällt. Die Bezirkskrankenkassa ist nicht berechtigt, ein Entgelt für An- und Abmeldungen zu verlangen. Diese Erkenntnis wird wie folgt begründet: Der Paragraph 18 des Gesetzes 221/24 im Verlaufe der Novelle 184/28 bestimmt im letzten Absatz: An- und Abmeldungen müssen auf gedruckten Formularen geschehen, welche die Zentralsozialversicherungsanstalt auf ihre Kosten herausgibt. Ebenso heißt es im Verlaufe des sozialpolitischen Ausschusses, Trud Nr. 777, Seite 47: Da in der Praxis Streitigkeiten darüber entstanden, wer die Druckorten, deren Einheitslichkeit im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung erforderlich ist, bezahlt, bestimmt die Novelle, daß die einheitlichen Formulare die Zentralsozialversicherungsanstalt auf ihre Kosten herausgibt.

Die Richtlinien für die staatliche Ernährungsaktion.

Neue Weisungen des Fürsorgeministeriums.

Prag, 26. Jänner. Amtlich wird mitgeteilt: Das Ministerium für soziale Fürsorge hat im Juli 1930 eine Instruktion über die Durchführung der staatlichen Ernährungsaktion für Arbeitslose und beschränkt arbeitende Personen herausgegeben, die durch folgende Bestimmungen ergänzt wird:

I. Voraussetzung für die Einbeziehung eines Arbeitslosen in die staatliche Ernährungsaktion ist das Vorhandensein eines Lohnverhältnisses, das der Krankenversicherungspflicht unterliegt. Dieses Lohnverhältnis muß zumindest in der Dauer von drei Monaten bestanden haben, und zwar in der Zeit vom 1. Jänner 1929 bis zur Ueberreichung der Anmeldung um Lebensmittelanweisungen.

II. a) Der Nachweis des Arbeitsverhältnisses wird vor allem durch die für die Zwecke der Sozialversicherung ausgestellten Legitimationen erbracht.

b) Vergarbeiter weisen sich mit einer von der zuständigen Revidierbehörde auszustellenden Bestätigung über die Versicherung aus.

c) Personen, welche der Pensionsversicherungspflicht unterliegen, legen den Bescheid der zuständigen Landesstelle der Pensionsanstalt über die Versicherungspflicht vor.

d) Personen, die in staatlichen Unternehmungen, wie insbesondere bei der Eisenbahn, Post, bei den staatlichen Forsten beschäftigt waren, legen, wenn sie keine Legitimation einer Versicherungsanstalt besitzen, eine Bestätigung der zuständigen Dienststelle vor.

e) Heimarbeiter, soweit sie die oben-

genannten Beschäftigungen der Krankenversicherungsanstalt nicht vorzulegen vermögen, können sich mit der Bestätigung des Gemeindevorstandes des Beschäftigungsortes darüber ausweisen, daß sie keine selbständigen Gewerbetreibenden sind.

f) Repatrianten und Grenzarbeiter weisen sich entweder mit einer Bestätigung der ausländischen Krankenkassa aus, bei der sie versichert waren, oder legen ein Dokument darüber vor, daß sie in der im Absatz I. angeführten Zeit in einem Lohnverhältnisse im Auslande beschäftigt waren.

g) Befehl der Arbeitslose, der einer der obengenannten Kategorien angehört, aus irgendeinem Grunde keine Ausweisdokumente, so muß er entweder bei der Krankenversicherungsanstalt, bei der er für den Krankheitsfall versichert war, oder bei einer der obengenannten Stellen um eine Bestätigung der ob. I. angeführten Daten ansuchen.

h) In allen etwaigen strittigen Fällen entscheidet die Bezirksbehörde, die in grundsätzlichen Fragen die Entscheidung des Ministeriums für soziale Fürsorge einholt.

III. Alle Arbeitslosen, welche sich nach den obigen Vorschriften um Lebensmittelanweisungen bewerben wollen, wollen die obengenannten Nachweise bereithalten.

IV. Die Anmeldungen zur staatlichen Ernährungsaktion vollziehen die Arbeitslosen beim Gemeindevorstand ihres Wohnortes (Aufenthaltsort) bis zum 2. Februar 1932 und in den weiteren Unterstützungsperioden immer längstens fünf Tage vor Beginn der neuen Unterstützungsperiode.

Hilfsaktion für selbständige Heimarbeiter.

Fürsorgeministerium bewilligt zwei Millionen.

Das Ministerium für soziale Fürsorge führt, wie weiter gemeldet wird, auch eine Unterstützungsaktion für arbeitslose, in der gewerblichen Heimarbeiter beschäftigte selbständige Personen mit einem Betrag von 2 Millionen K durch, der vom Ministerrat für diesen Zweck bewilligt wurde.

Personen, die sich um eine Unterstützung aus dieser Aktion bewerben wollen, können ihr Ansuchen an die Bezirksbehörde beim Gemeindevorstand ihres Wohnortes einbringen, woselbst sie auch das Gesuchsformular beziehen können.

Diese Aktion bezieht sich auf alle selbständigen, in der gewerblichen Heimarbeiter tätigen Personen, die sich infolge der Krise in einer Notlage befinden.

Heimarbeiter, die der Krankenversicherung unterliegen oder die nach dem Genetiv System unterstützt werden, oder solche, die in die staat-

liche Ernährungsaktion mit begriffen sind, kommen für diese Aktion nicht in Betracht.

Die erwähnte Aktion bezieht sich u. a. auf folgende Bezirke: Aßa, Brannau, Böhm-Leipa, Kruman, Teichow, Falkenau, Bistosteinitz, Königgrätz, Eger, Komotau, Chrudim, Gablonz, Joachimsthal, Starckenbach, Raaden, Ramein, Deutsch-Gabel, Reustadt a. M., Pardubitz, Politischla, Prachau, Přebuz, Rumburk, Schludena, Tachau, Trautenau, Ruffig, Warnsdorf, Hohenelbe, Hohenmuth, Prag-Magistrat, Briann-Land, Brünn-Magistrat, Mähr.-Kromau, Bystek, Wetin, Ung.-Prub, Prostějov, Třebitz, Holešov, Jägerndorf, Wagstadt und Preßburg.

Kähere Informationen erteilen die Gemeindevorstände derjenigen Bezirke, in denen die Aktion durchgeführt wird.

Es fragt sich, was mehr kostet!

Brüning, Hitler und die „Prager Presse“

Der Berliner Berichterstatter der „Prager Presse“, der, wie alle seine engeren Kollegen aus dem Orbis-Blatt, das Gras wachsen hört und die europäische Politik mit weiser Hand richtet und schlichtet, läßt sich über Brüning und Hitler sowie über Deutschlands voraussichtliche Haltung auf der Abrüstungskonferenz u. a. so aus:

Das Rein in der Reparationsfrage läßt sich anders nicht erklären, als so, daß Brüning Hitler gleichsam überhitlern will. Wozu all die Sommerreisen, all die Verständigungsgespräche? Brüning dachte noch nicht an das endgültige Rein, aber als er sah, daß die Nationalsozialisten ihm aus jedem Zugeständnis in der Reparationsfrage den Strich drehen wollten, beschloß er, so radikal ablehnend zu sein, wie — Hitler vielleicht an seiner Stelle nicht wäre. Der Reichskanzler redet zwar vom Primat der Außenpolitik, aber hier hatte die Innenpolitik den Vorrang. Im Auslande wird man dafür kein Verständnis aufbringen. Man hat schon gefragt: Worin besteht der Unterschied zwischen Brüning und Hitler?

Eine Zwischenfrage: Worin besteht der Unterschied zwischen Poincaré und Herriot? Vielleicht gibt es in der Außenpolitik tatsächlich keinen oder einen solchen, der nicht für Brüning spricht. Welche Töne von deutscher Seite auf der Abrüstungskonferenz angeschlagen werden dürften, davon gaben einige Erklärungen Grönners in jüngster Zeit einen Vorgeschmack. Gröber als Gröner braucht man nicht mehr zu sein. Und das hat auch seinen Grund darin, daß er von Hitler nicht übertroffen werden will. Die Reichswehr macht, nebenbei gesagt, aus ihrem Herzen keine Würbergrube, sie nur's gern.

Der Herr Offiziosus aus der Orbis-Propagandastelle vergißt nur, daß in der Reparationsfrage von den Kommunisten bis zu Hitler — ausgenommen vielleicht den hoffnungslosen Fall der EAB — ganz Deutschland einig ist, daß hier keiner den andern mehr überhitlern kann, weil jeder weiß, daß Deutschland nicht zahlen kann. In seiner sehr dreckigen Situation hat Deutschland doch den einen Vorteil, daß es nichts zu verlieren und nur zu gewinnen hat. Dahin hat es die Staatsweisheit der Pariser Diplomatie mit ihren Filialen glücklich gebracht, daß Deutschland es sich leisten kann, groß, rücksichtslos, unvorurteillich zu sein; was hat es noch zu verlieren? Es ist gefährlich, einen Verhandlungspartner in diese Lage zu manövrieren, denn er

ist in ihr in gewissem Sinne immer der Stärkere. Genau so in der Abrüstungsfrage. Herr Gröner war groß gegen die zarbesessenen französischen Generale? Nicht doch, Schatz! Wer wird so empfindlich sein! Herr Gröner ist lediglich in der angenehmen Lage, auch auf der Abrüstungskonferenz nicht viel verlieren zu können. Herr Bourgin aber ist in der unangenehmen Situation, in einem Glashaus mit Granaten schießen zu müssen. Die Grobheit, das ist so ziemlich die einzige Waffe, die den Deutschen geblieben ist; von ihr Gebrauch zu machen, kann sie niemand hindern. Das Schlimmste, was passieren kann, ist eben doch, daß Frankreich nicht einmal eine Seite der Abrüstung macht, dann geht es sich noch weiter ins Unrecht und die Lage Deutschlands wird dadurch nicht schlechter. Also immer, bevor man frech wird, erst nachdenken, warum der andere groß war und groß sein darf!

Daß der neunmal gescheite Herr der „Fr. Pr.“ sehr gut weiß, worum gespielt wird, zeigt er in seinen Schlussfolgerungen:

Brüning arbeitet deutlich auf ein Tabularasa in der deutschen Politik hin. Die Gelegenheit ist günstig, wenn man will: die wichtigsten außen- und innenpolitischen Probleme stellen sich knapp nacheinander zur Lösung. Brüning's Sieg über Hitler wäre gewiß, wenn der Reichskanzler in der Außenpolitik große Erfolge erringen würde. Das Ausland ist aber nicht geneigt, sich in diesen inneren Kampf um die Macht einzumischen; jede Parteinahme wäre nicht zuletzt eine Kostenfrage.

Da liegt allerdings der Hund begraben. Aber es fragt sich, was mehr kosten würde: der Verzicht auf die Reparationen, der Hitler den Garaus machen und Deutschland der europäischen Staatenwelt als organisches Glied einordnen würde, ohne daß die Glaubiger mehr verlieren, als sie in jedem Falle verlieren werden, oder eine Entwidlung, die Deutschland in den Bürgerkrieg reiht und vielleicht doch der Revolution, die 1918 am Rhein halt machte, den Weg über ganz Europa bahnt. Die deutsche Arbeiterklasse sucht diesen Weg nicht, weil er Opfer- und gefahrvoll, weil er für sie und den Sozialismus sehr riskant ist. Wenn man aber von Paris und seinen Satelliten aus Deutschland weiter in die Ede manövriert, in der es draufgehen oder aus der es ausbrechen muß, dann wird die deutsche Arbeiterklasse jedes Opfer bringen und dann mögen sich alle Machthaber hüten, die eine Revolution zu fürchten haben!

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Neugestaltung der Vorturnerprüfungen.

Durch die Einföhrung der Erzieher wird die nunmehr alljährlich stattfindende Vorturnerprüfung, die bezirksweise zur Durchführung kommt, eine Erweiterung erfahren. Die neue Form, die von dem Stabschef aus geschaffen wurde, daß der Vorturner, Turn- und Sportwart nicht nur technischer Funktionär, sondern auch Freund, Berater, Führer und Erzieher der ihm anvertrauten Jugend sein soll, wird das erstmal am 3. April d. J. in Anwendung kommen. An diesem Tage finden in allen Bezirken des Aus die Prüfungen statt.

Worauf kommt es bei diesen Prüfungen an? Es soll festgestellt werden, wie weit der Funktionär neben seinen technischen Kenntnissen und Fähigkeiten mit Problemen der Arbeiterbewegung vertraut ist und wie weit er die Grundsätze sozialistischer Erziehungsbearbeit kennt. Dabei wird aber eine rein mechanische, an der Oberfläche stehende Prüfung, die sich nur auf vorher festgelegte Fragen und auswendig zu lernende Antworten erstreckt, abgelehnt. Worauf erstreckt sich die Prüfung? Das erste Stoffgebiet, worüber bei der Prüfung zu diskutieren ist, lautet: „Worum bin ich ein Arbeiterpartei?“ Dazu gehören die sich daraus ergebenden weiteren Fragen: „Arbeiterpartei und bürgerlicher Sport“, „Arbeiterpartei und Arbeiterbewegung“ und ähnliche. Das zweite Stoffgebiet erstreckt sich auf Fragen der praktischen Gestaltung der Betätigung in Turnsaal und Sportplatz. Im dritten Teil der Prüfung wird über unsere Erziehungsgrundsätze gesprochen. Den zur Prüfung kommenden Vorturnern stehen drei Bücher als Diskussionsunterlage zur Verfügung: Kampf der Zukunft, Schrot: Charakterbildung in der Familie, Töpel: Rote Haken. Ein Buch kann sich der Vorturner wählen, das er gründlich gelesen haben muß, um mit der Prüfungskommission darüber sprechen zu können. Die Arbeiten für die Vorbereitung der Prüfungen sind in den meisten Bezirken bereits im Gange. Von welcher Bedeutung diese Prüfungen nicht nur für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, sondern für die Gesamtbewegung sein können, ist daraus ersichtlich, daß sich im vorigen Jahre an den Vorturnerprüfungen am 19. April 636 männliche und 137 weibliche Vorturner beteiligten.

Ein Film im Dienste der Frauenbewegung.

Der von der Leipziger Bundesschule hergestellte Film: „Die Frau im Arbeiterpartei“ wird in unserem Verbandsgebiete im Rahmen der Frauenbewegung in der Zeit vom 15. März bis 15. April zur Vorführung gelangen. Der abendfüllende Film, der in Deutschland und in Österreich mit großem Erfolg und glänzender Kritik bei Werbeveranstaltungen verwendet wurde, wird sicher auch bei uns guten Anklang finden.

Kommunistische Spekulation.

Mit Hochdruck suchen die Kommunisten unter den Arbeitslosen die richtige Stimmung gegen die — Sozialdemokraten zu erzeugen.

Da die beiden kommunistischen Tagesblätter „Vorwärts“ und „Internationale“ an die Massen der Arbeitslosen nicht herankommen, erscheint nun zum Preis von zwanzig Heller alle vierzehn Tage als „Organ der Arbeitslosenbewegung in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei“, vier Seiten stark, „Der Arbeitslose“. Das Mätzchen ist zum größten Teil aus dem Satz der beiden kommunistischen Tagesblätter zusammengesetzt. Der sozialdemokratischen Partei, speziell dem Minister Gen. Dr. Czech, wird immer wieder eins angehängt. Kennzeichnend ist, welche Agenden die kommunistischen Drahtzieher den von ihnen beherrschten „Aktionsausschüssen“ der Arbeitslosen vorschreiben. Diese mühten sich vor allem die Kontrolle über die sonst so geschmähten Czecharten sichern und Aktionen der Arbeitslosen zu organisieren, um „genügend“ Czecharten zu erhalten. Nicht die gerechte Verteilung der zu wenigen Karten sei die Hauptsache, sondern die Beschaffung einer „entsprechenden“ Anzahl derselben. Die Sammelaktionen sollen lediglich auf Kosten der Besitzenden durchgeführt werden. Die Verteilung des Geldes, bezw. die Bestimmung, was mit Geld zu geschehen habe, müsse sich der Aktionsausschuss durch den Massenkampf der Arbeitslosen erkämpfen. Durch das gleiche Mittel mühten die Behörden ferner gezwungen werden, Kohlen, Holz, Schuh- und Kleidervorräte zugunsten der Arbeitslosen zu beschlagnahmen und an die Arbeitslosen zur Verteilung zu bringen. Besonderer Wert wird auf ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem und die Verbindung mit den Betriebsarbeitern gelegt. Den Massenaktionen wird allergrößte Bedeutung beigemessen. Aus dem ganzen Artikel geht klar hervor, daß die kommunistische Partei aus eigener Kraft den Arbeitslosen gar nichts bietet, alles sollen die andern ausbringen, vor allem der sozialdemokratische Minister. Sie wollen dafür kontrollieren, d. h. verteilen. Keine üble Spekulation!

Das Kabinett Buresch auf sehr schwachen Füßen.

Wien, 26. Jänner. Heute waren in den Couloirs des Nationalrates Gerüchte über eine bevorstehende Rekonstruktion des Kabinetts Buresch verbreitet, die auch in einige Blätter Eingang gefunden haben. Der Bundeskanzler selbst hat die Gerüchte den Parlamentsjournalisten gegenüber kategorisch dementiert.

Tagesneuigkeiten

Elf tote Bergarbeiter.

Gastod eines freiwilligen Retters.

London, 26. Jänner. (Reuter.) In einem Bergwerke im Rhondda-Tal in Wales ereignete sich eine schwere Explosion. In der Grube, in welcher es zu dieser Explosion gekommen war, arbeiteten dreißig Bergleute. Zwanzig von ihnen konnten sich retten und trugen bloß leichte Verletzungen davon. In der Mehrzahl erlitten sie Gasvergiftungen. Die anderen elf konnten nur tot geborgen werden.

Der Waliser Tenor John Evans, der sich an den Rettungsarbeiten freiwillig beteiligte, erlitt eine Gasvergiftung, der er erlegen ist.

Über 1000 Arbeitslose in Tschau

Abwanderung einzelner Holzverarbeitungsbetriebe nach England?

Die „Zukunft“ meldet aus Tschau: Bei der Arbeitslosenmeldung im Jänner ist die Zahl der Arbeitsuchenden über 1000 gestiegen. Es hat in der Nachkriegszeit noch nie so viele Arbeitslose gegeben wie jetzt. Das starke Ansteigen der Arbeitslosenziffer ist darauf zurückzuführen, daß durch die englische Zollpolitik unsere Holzindustrie fast gänzlich stillgelegt wurde. Erst in den letzten Tagen zeigen sich Anzeichen einer ganz leichten Besserung, ohne daß gesagt werden könnte, daß in absehbarer Zeit in den Betrieben der Holzindustrie der Betrieb vom Herbst 1931 erreicht werden wird.

In jüngster Zeit wird auch davon gesprochen, daß einzelne Fabriken beabsichtigen, die Erzeugung nach England zu verlegen. Wenn es zur Verlegung einzelner Betriebe kommen sollte, müßte aus dem Tschauer Bezirk eine Abwanderung der Arbeiter erfolgen, weil für Hunderte von Familien überhaupt keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr wäre. Es wäre anzunehmen, daß die Regierung und die Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Verlegung der Industrie zu verhindern.

Was der Krien gekostet hat.

Die französischen Sozialisten wenden sich in Flugblättern tapfer gegen die nationalistischen Deber im eigenen Lande. In einem dieser Flugblätter bringt die Partei eine sehr lehrreiche und aufschlußreiche Statistik über die Kriegsausgaben, die für alle kriegsführenden Mächte nicht weniger als 10.000 Milliarden Franken ausmachten. Hätte man diese Mittel, anstatt sie in der Kriegführung zu verschwenden, für friedliche Zwecke benutzt, dann hätte man, so heißt es in dem Flugblatt weiter, für jede Familie in Frankreich, England, Belgien, Deutschland, Rußland, den Vereinigten Staaten und Kanada eine Villa im Werte von 100.000 Franken erbauen können.

Man hätte in jeder Stadt von über 200.000 Einwohnern ein Hospital im Werte von 125 Millionen, eine Bibliothek im gleichen Werte, eine Universität für 250 Millionen erbauen können. Man hätte dazu noch 125.000 Professoren und dieselbe Zahl von Ärzten einstellen können. Aber auch dann wäre immer noch ein Betrag übriggeblieben, der dem Gesamtvermögen von Frankreich und Belgien entspräche.

Hitleriana.

In Berlin gibt es momentan den sogenannten Selbstmordprozeß: angeklagt sind vierzig Hitlerhelden mit dem Großen Selbstdorf an der Spitze, weil sie am Kurfürstendamm, im Herzen Berlins das Dritte Reich durch eine deutsche Bräutigam und ähnliche Auftritte propagierten. Ein Versuch dieser Verhandlungen beim Strafgericht erweist ein ebenso erheiterndes wie empörendes Bild. Vorsitzender ist Landgerichtsrat Schueffert; er ist ausnehmend wirklich ohne Sorge um das Geschick der deutschen Republik und steht mit den Angeklagten in freundschaftlichen Beziehungen, ist sonstigen ein moderner Strafrichter, so weil es eben nicht um Sozialisten geht. Die „Herrn Angeklagten“ verhalten sich nach und nach in Verhandlungssaal, mit oder ohne ihre Anwälte, höchst gemächlich und gut angelegt, die meisten tragen schlichte Anzüge der Bekämpfung des Dritten Reiches mit viel Stolz und Selbstbewußtsein; das leidet durch die deutsche Tugend nur gestärkt wird. Einige erscheinen überhaupt nicht. Da beauftragt der Staatsanwalt recht beschneiden und höflich die Zwangsverführung, worauf der gerade Richter, man solle es doch erst auf gültigen Wege versuchen, er sei nicht für so „schwarze Maßnahmen“, man telephoniert also oder kassiert, wenn der Staatsanwalt einen guten Tag hat, einen höflichen Polizisten, um den Angeklagten zum Gefängnis zu veranlassen: einer der Hitlerhelden schrie aus Gericht einen Entschuldigungsbrief, daß ihm sein Vätermeister keinen „Mißstand“ gebe, um zur Verhandlung zu erscheinen, was Herr Schueffert zur Kenntnis nehmen wollte, worauf es der sehr energiegelassen Haltung des Staatsanwalts bedurfte, um den Willen des Staatsanwalts der Strafrechtspflege gegenüber zu brechen. Graf Selbstdorf besitzt den Verhandlungssaal in der Art unseres lieben Strömung, ist sich des Publikumsverhaltens gewiß und spricht gern viel durcheinander; der Richter hört ihm immer folgerichtig

zu, während ihn die Ausführungen der Anklage merklich langweilen.

Als Zeuge wird gerade der bekannte Rechtsanwalt Dr. Apfel einvernommen, der von seiner Wohnung aus das Vorbereitungstreiben des Dritten Reiches beobachtet konnte; als ganz unbeteiligter Zeuge sozusagen. Seine Angaben begeistern den Richter überhaupt nicht; sie bestätigen ja nur die Anklage. Dr. Apfel legt einen Haufen von Drohbrieffen vor, die aus der Werkstatt des Dritten Reiches stammen; sie interessieren den Herrn ohne Sorge aber nicht im geringsten, obwohl einige von ihnen von Entlastungszeugen stammen sollen. Unter der Obhut des Richters leugnen die Hitlerhelden weiter; sie haben niemanden verletzt, nur berechtigt demonstriert; sie hätten gar nicht Drohungen ausgesprochen oder gar wahr gemacht, das seien ganz andere Leute gewesen; sie seien überhaupt und prinzipiell für Ruhe und Ordnung, allerdings auch im Dritten Reich; und die deutsche Gerechtigkeit geht weiter ihres Wegs, ganz ohne Sorg...

Das fällige Fliegerunglück

diesmal glimpflich ausgefallen.

Prag, 6. Jänner. (T.N.) Auf dem Flugplatz in Eger ereignete sich am 25. Jänner folgender Vorfall: Gleich nach dem Starte eines dreigliedrigen Schwarmes wurde durch den Propellerwind des führenden Flugzeuges das vom Korporal Bohoff geführte Flugzeug in einer Höhe von etwa fünfzig Metern zur Seite geworfen. Infolgedessen stieß das erwähnte Flugzeug mit seiner rechten Seite der oberen Tragfläche gegen das vom Jugsführer Kautsky geleitete Flugzeug. Bei dem Krach wurden an dem Flugzeug des Jugsführers Kautsky die langrechte Schwanzflächen und das Höhenruder weggerissen.

Trotz dieser schweren Beschädigung des Flugzeuges gelang es Kautsky durch geistesgegenwärtiges Manövrieren, etwa 500 Meter östlich vom Flugplatz glatt zu landen.

An dem Flugzeug des Korporals Bohoff wurden einige Rippen in der Tragfläche beschädigt. Auch dieser Pilot verlor die Geistesgegenwart nicht und landete normal auf dem Flugplatz.

Zwei Arbeitslose bei der Kohlensuche verschüttet.

Tragischer Unfall in Kosen bei Teplitz.

Wie wir Dienstag kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ereignete sich gegen fünf Uhr nachmittags beim aufgelassenen Ottolar-Schacht bei Strahls ein schwerer Unfall. Zwei ledige Arbeitslose namens Schöckel und Paskl waren dort mit Kohlenkanten beschäftigt, um sich einige Kronen zu verdienen. Sie gruben einen Stollen, sicherten ihn aber nicht gegen den Druck der darüberliegenden Erde. Während der Arbeit brachen die Erdmassen herein und begruben die beiden Arbeitslosen. Erst zwei Stunden später bemerkten dritte Arbeiter, daß der Schacht verschüttet und die beiden eingeschlossen seien. Trotz sofortigen Bergungsversuchen konnten die beiden bis gegen Abend noch nicht geborgen werden, da über ihnen Erdmaterial in der Höhe von acht Metern lagert. Es ist leider damit zu rechnen, daß sie in dem engen Stollen infolge Luftmangels erstickt sind, da die Kohlenkanten, mittels derer sich die Bergungsleute anfänglich bemerkbar machten, später vollständig verfallt sind. Wie werden über diesen bedauerlichen Verfall noch berichten.

In einem Tag drei Selbstmorde in Pardubitz.

Am Laufe von 24 Stunden wurden in der Stadt Pardubitz drei Selbstmorde verübt. In der Nacht auf Dienstag erschossen sich in einem kleinen Hotel in selbstmörderischer Absicht zwei Kellner, u. zw. der 27-jährige alte Franz Cernik, der in Cizkove (Bezirk Leitmeritz) geboren wurde; und in Blasin wohnhaft war sowie der 24-jährige Leo Genuß aus Prag, der in Königgrätz geboren war. Die beiden Selbstmörder gaben gegen ihre Zeitschriften aus einer automatischen Pistole 22 Schüsse ab. Cernik, dem das Gehirn heraustrat, wurde bereits tot aufgefunden, Genuß, der mit einer schweren Verletzung dem Spital eingeliefert wurde, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. In einem Vernehmungsprotokoll hinterließen die beiden Selbstmörder einen Betrag von 7000 K., von dem die Begräbniskosten gedeckt werden sollen sowie anderweitige Ausgaben. Weiter fand man einen an Verwandte und an die Polizei gerichteten Brief. Die beiden Selbstmörder bitten um eine Kremation in weißen Särgen, wobei um die Särge rote Rosen niedergelegt werden sollen. Nach der Kremation soll die Asche in eine gemeinsamen Urne hinterlegt werden. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt. — In der Nacht auf gestern, Montag, erhängte sich in einem anderen Pardubitzer Hotelzimmer im Zehranke der Prager Kaufmann Josef Kravato, wohnhaft in Prag, Belackovo Str. Auf dem Tische hinterließ er einen Betrag von 231 K. In einem hinterlassenen Briefe erwidert er um Verzeihung seiner Frau. Die Ursache seines Freitodes lag in einer schweren Erkrankung.

Heimkehr nach dem Tode. Der spanische Schriftsteller Blasco Ibanez, der bekanntlich vor einigen Jahren in der Verbannung in Mentone an der französischen Riviera gestorben und begraben ist, wird in feierlicher Weise in Barcelona in Spanien begraben werden. Montag traf in Mentone eine Delegation von zwölf Ratsherren aus Valencia ein, um die sterblichen Überreste des Dichters nach Spanien zu bringen.

Blinden-Demonstration im Berliner Rathaus. Im Berliner Rathaus kam es gestern vormittags während der Sitzung des Haushalts-Unterschieds zu einer Demonstration von Blinden, Kriegsbeschädigten und Wohlfahrtsarbeiterinnen. Etwa 150 Personen waren mit ihren Führerhunden ins Rathaus eingedrungen. Im Rathaus wurde von den Kommunisten ein Antrag eingebracht, sofort eine Abordnung der Demonstranten zu empfangen. Der Stadterordnungsversteher wies darauf hin, daß es nicht Sache des Unterschieds sei, derartige Abordnungen zu empfangen. Als die im Jäger wartenden Massen von diesem ablehnenden Bescheid erfahren hatten, drängten etwa 50 bis 60 Personen mit ihren Hunden in den Sitzungssaal ein, wobei es zu erregten Stürmen kam. Es gelang schließlich dem Stadterordnungsversteher, die Ruhe wieder herzustellen, mit der Versicherung, daß der Oberbürgermeister sofort eine dreigliedrige Abordnung der Demonstranten empfangen werde. Der Oberbürgermeister nahm die Wünsche auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung entgegen, worauf die Demonstranten das Rathaus verließen.

Wiener erhöhte Wohnbausteuer tritt in Kraft. Der städtische Finanzausschuß in Wien hielt eine Sitzung ab, in welcher Stadtrat Breinzer angesichts des von der Regierung auch gegen das abgeänderte Wohnbausteuererzeugnis erhobenen Einspruchs beantragte, einen Beharrungsbeschluß zu fassen. Der Wiener Landtag ist für heute einberufen und wird den Beharrungsbeschluß fassen, worauf das Gesetz im Landesgesetzblatt funden wird und in Kraft tritt. Am 1. Jänner 1932 wird die erhöhte Wohnbausteuer für die großen Wohnungen in Kraft treten.

Gerechtigkeitsurteil über die große russische Jagalajatsch. Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion hat wegen des Jugszusammenstoßes auf der Station Kossino bei Moskau, bei dem 68 Menschen ums Leben kamen, das Urteil gesprochen. Der Lokomotivführer und der Stationsvorsteher von Kossino erhielten Freiheitsstrafen in der Höhe von je 10 Jahren. Für weitere Angeklagte wurden zu einhalb bis acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Schüler als Autodiebe. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. hat drei Schüler höherer Lehranstalten festgenommen, die seit Wochen Autodiebstähle begangen haben. Sie unternahmen mit den gestohlenen Wagen Schwarzfahrten und stießen die Wagen dann in irgendeiner abgelegenen Gasse stehen. Bei dem einen Schüler wurde eine Selbstadepistole mit Munition und fünf Autoschlüssel gefunden.

Selbstmord und Explosion. In Düsseldorf wurde ein Einfamilienhaus durch eine Explosion vollständig zerstört. Eine Person wurde getötet, zwei erlitten schwere Verletzungen. Die Explosion ist auf den Selbstmord eines 24-jährigen Bewohners des Hauses zurückzuführen. Der junge Mann, der schon seit 2 Jahren arbeitslos war, hatte sämtliche Gasabzweige in dem Hause aufgedreht und sich dann in sein Zimmer gelegt, um den Tod zu erwarten. Vorzeitig kehrte der Vater heim. Seine brennende Pfeife löste die Katastrophe aus.

Autokatastrophe einer Wiener Heuritzengesellschaft. Ein entsetzliches Unglück hat sich Sonntagabend in der Nähe der Dreifach-Eisenbahnbrücke ereignet. Der 37-jährige Fleischhauer Franz Leitner aus Wien hatte mit seiner Gattin Suzanne, seiner Schwägerin Anna Leitner und der Privat Marie oder einem Autoausflug zu einem Weinbauern in Mauer unternommen. Abends fuhr die Gesellschaft im Auto, das der Chauffeur Anton Horak aus Wien lenkte, wieder nach Wien zurück. Als das Auto zum Ortseingang von Eisenbrunn kam, wollte der Chauffeur, der sehr rasch fuhr, einem Motorradfahrer ausweichen. Dabei kam das Auto ins Schleudern und überschlug sich vollkommen, so daß es mit den Rädern nach oben zu liegen kam, alle fünf Insassen unter sich begraben. Man eilte den Verunglückten zu Hilfe, doch waren Fleischhauermeister Leitner und seine Gattin auf der Stelle tot. Marie oder ist nach fünf Minuten ihren schweren Verletzungen erlegen. Der Chauffeur Horak und Frau Anna Leitner haben schwere Verletzungen erlitten.

Ein Spitzelprozeß im Vatikan. Wie der Vatikan „Libertà“ von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, schwer vor dem römischen Senat ein Prozeß gegen zwei Pfarrer der Stadt, Rimondi und Villa, denen man zur Last legt, eine Frau Christina Stuart verurteilt zu haben. Beide Pfarrer sind einstweilen ihres Amtes enthoben worden. Sie hatten die Stuart beschuldigt, eine Spionin im Dienste des Faschismus zu sein. Die Stuart ihrerseits — deren wirklicher Name übrigens nicht feststeht — bestreift wirksame Mittel zur Abwehr. Sie soll in Piazza San Ignazio in Rom eine große Wohnung haben, die als Absteigequartier für Bräute dient. Die Frau hat also ein Arsenal von Erpressungswaffen. Da soll ihr einer kommen und sie Spionin heißen! Der Prozeß gegen die beiden Pfarrer, die dies gewagt haben, ist nun im Gange, aber sein Gang gefällt dem Vatikan ganz und gar nicht. Er zeigt, daß die im Vatikan aus und eingehende Stuart wirklich dem Faschismus Material geliefert hat. Man erinnert sich, wie während der letzten Sitzung der Beziehungen zwischen Faschismus und Vatikan zahlreiche Notizen über geistliche Skandalaffären in den faschistischen Zeitungen erschienen, als Kostprobe dessen, was der Vatikan zu erwarren hätte, wenn er nicht verständig wäre. Da war von Priestern die Rede, die geistlichen hatten, oder Mädchen verführt oder es mit Knaben

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen. Donnerstag. Prag: 11.00 Schallplatten, 13.30 Vorträge, 14.30 Deutsche Sendung, Dr. Mascha: Literarische Neuheiten, 15.15 Populäre sächsische Chöre, 17.00 Violinsonate, 18.30 Klavierkonzert. — Wien: 15.30 Arien aus älteren Opern, 18.25 Dr. Veitl: Das Problem der Verjüngung, 19.15 Volksmusik, 21.00 Wälsches Bläserquartett, 21.30 Violinsonate. — Währ.-Osterr.: 12.30 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Salzer: Unschöne Kinder. — Hamburg: 20.00 „Fra Diavolo“, komische Oper von Auber. — Berlin: 19.30 So sangt man im alten Berlin. — Leipzig: 19.30 Klänge. — München: 20.30 Orchesterkonzert. — Wien: 19.40 Wamb. und Gitarre, 22.15 Symphonie.

hielten und dergleichen Dinge mehr. Was kann jetzt noch herauskommen?!

Die Sprachkurse. Die heute überall verlangte Kenntnis beider Landessprachen veranlaßt das Masaryk-Volkshilfungs-Institut in Prag XII., zur Errichtung von sächsischen und deutschen Sprachkursen. Diese erst vor kurzem getroffene Einrichtung erwies sich als sehr zweckmäßig, denn fast 20.000 Leute brachten den guten Willen auf, dem Aufrufe Folge zu leisten. Die Teilnahme kann auch weiterhin jederzeit und von überall gegen einen Monatsbeitrag von 10 Kronen erfolgen.

„Ratshöfe II“. Das „Berliner Tagblatt“ meldet aus Amsterdam: Mit den verschlungenen, in jüngster Zeit ansehnlichen Orientationsversuchen auf die Sicherheit des niederländischen Eisenbahnverkehrs werden jetzt Einzelheiten bekannt, die einige Wahrscheinlichkeiten für die Annahme zu haben scheinen, daß es sich um das gefährliche Treiben verbrecherischer Individuen handelt. Schon Ende Oktober 1931 erhielt das Eisenbahnministerium einen Brief, in dem es u. a. heißt: „Ihr Schurken, wenn Ihr gegen die christliche Lehre lügend, so soll Ihr auch die Folgen spüren. Der Schnellzug Paris-Amsterdam geht drauf!“ Untersigniert war dieser Brief mit „Ratshöfe II“. Ein weiteres Schreiben ging jetzt bei der Verwaltung der niederländischen Eisenbahnen in Amsterdam ein. Der Brief enthält die Aufforderung, an der Stelle, an der der letzte Anschlag verübt wurde, einen Betrag von 5000 Gulden im Falle des Scheiterns niederzulegen. Für den Fall der Weigerung wird die Drohung ausgesprochen, daß noch mehr Eisenbahnzüge entsetzt werden. Die polizeilichen Nachforschungen nach den Schreibern und Beförderern dieses Briefes sind noch im Gange und es ist zu erwarten, daß die Verhaftung der Täter in absehbarer Zeit erfolgt. Der niederländische Bund reisender Kaufleute hat sich mit der Polizeibehörde und der Eisenbahnverwaltung in Verbindung gesetzt und angeboten, einen freiwilligen Beitrag ins Leben zu rufen.

Großer Brand. In der Nacht auf Dienstag brach aus bisher unbekannter Ursache in der Maschinenhalle und in einem Teile des Unternehmens der Aktiengesellschaft zur Erzeugung von beweglichen Maschinen, „Kombi“, in Hühroed ein Brand aus. Das Feuer, das erst später bewehrt worden war, überdeckte zwei große Zügeobjekte bis auf die Grundmauern ein, weitere sieben ihm drei große Rahmentische, verschiedene Maschinen und ein Teil des bereits geschmolzenen Materials, das infolge der Abstrahlung angehängelt wurde, zum Opfer. Ein Großteil der Stadt wurde durch diesen Brand bedroht, vor allem die Kaserne des Inf. Reg. Nr. 24, da in der Umgebung Vorräte an petrodynamischen Schmelzmaterial untergebracht sind. Außer dem Brandvorteil wurde auch ein Patrollen des Inf. Reg. Nr. 24 alarmiert. Erst gestern morgens konnte das Feuer gelöscht werden. Große Vorräte an Schmelzmaterial konnten gerettet werden. Der Schaden wird auf etwa 1 1/2 Millionen K. geschätzt und ist durch Versicherung teilweise gedeckt. Die Ursachen des Brandes werden polizeilich untersucht, da bereits mehrere betragsreiche Brände im Laufe der letzten drei Jahre verzeichnet wurden. Die Polizei verhaftete den vollständig betrunkenen Kautschukarbeiter des Unternehmens.

Verhaftete Räuber. Der Bundespolizei ist es gelungen, die Täter des Raubmordes an dem bekannten Vagabunden im Vorarlberg zu verhaften. Es handelt sich um den 24-jährigen Hühlergehilfen Zemanowski, den 24-jährigen Klempnergehilfen Rada und den 23-jährigen Chauffeur Modeln. Sie haben die Tat eingestanden.

Die Staatsbahninspektion Prag-Rod will mit: Die Staatsbahninspektion Prag-Rod wird zu dem Ausschuss-Verdacht von Prag nach der hohen Intra separate Anschlußzüge von Prag, Komotau, Soag, Laska-Pan und Madno, einerseits und Podenbach, Kuffj (Teplitz-Schnau) und Raudniz andererseits abfertigen. Preis für Teilnehmer aus Komotau, Podenbach, Kuffj, Brä, und Teplitz-Schnau 45 K., von Soag-Stadt 40, von Komotau und Raudniz 44 und von Karlsbad 47 K. In diesem Preis ist enthalten: der Preis der Schnellzugfahrkarte von der Antrittsstation nach der hohen Laska und zurück, für fünf Tage Frühstück, Mittagessen und Nachmittags, vier Nachtlager mit Deckung, Trinsgeld, Führung und Unfallversicherung. Die Teilnehmer aus dem Bereich der Staatsbahninspektion Prag-Rod werden je nach Wunsch entweder in Ströbe Pleso oder in Laska-Schnitt untergebracht werden. Der Ausschuss ist dem Winterort, eventuell der Saisonzeit gewidmet. Verbindliche Anmeldungen mit Angabe von 100 K. nimmt direkt das Referat für Ausschüsse bei der Staatsbahninspektion Prag-Rod, Prag II, Bredowstr. Nr. 7, entgegen, wo auch bereitwillig weitere Einzelheiten mitgeteilt werden. Das Programm der Expedition ist bei den oben genannten Eisenbahnbehörden erhältlich. Anmeldungen spätestens bis zum 7. Jänner 1932.

Sorge um Engler. Seit etwa 14 Tagen ist das Halbboot des auf einer Amerika-Fahrt befindlichen Kapitan Engler überfällig. Engler war von Lissabon (Portugal) mit seinem Halbboot nach den Antillen gefahren, wo er am 10. Jänner hätte eintreffen müssen. Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß Engler versucht, direkt New York anzukommen. Trübsinnig ist die Sorge um ihn umso berechtigter, als auch sein Vorgänger, Kapitän Köster, bei dem Versuch, den Atlantik im Halbboot zu überqueren, nahe der amerikanischen Küste einem Tornado zum Opfer fiel.

Gattenmord in Birkenfeld. In Birkenfeld hat ein Kaufmann Seinfeld seine geschiedene Frau auf offener Straße erschossen. Der Mörder flüchtete, konnte aber ermittelt werden. Als er verhaftet wer-

Gegen Röte der Hände

und des Gesichtes sowie uneheliche Hauterkrankungen verwendet man am besten die käseartig-weiße **Crema Leodor**, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Pudern ist. — Die blühende und reizende Wirkung wird besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte hart geblutet sind. Auch bei trockener und aufgeweigener Haut leistet die **Crema**, insbesondere aber bei dem so häufigen Juckreiz der Haut, vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in härterer Schicht. — Für Herren genügt eine Wenigkeit der **Crema** auf die Haut geschrieben zur Erhöhung der Schamhaftigkeit der Rasierstelle. — Preis der Tube 6 K., und 8 K. Wirksam unterstützt durch **Sebor-Edel-Seife**, 6 K. — In allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

den sollte, jagte er sich eine Kugel in den Kopf. Seinfeld wurde lebensgefährlich verletzt.

Filmverordnungen.

Gleichsam als Neujahrsgeschenk hat die tschechoslowakische Beamtenchaft nach monatelangem Schweigen über den Film endlich etwas von sich hören lassen; wie in letzter Zeit schon üblich geworden ist, wurde Volles nicht als Gottes Stimme angesehen und die Maßnahmen kamen sozusagen aus heiterem Himmel ins Filmvolk, das auch bei uns immerhin schon eine wirtschaftliche Macht von über Hunderttausend darstellt. Das Innenministerium macht sich als Förderer des tschechischen Tonfilms beliebt und dekretierte, daß ab 1. Jänner 1932 jedes Kino jährlich acht abendfüllende Programme ausschließlich mit heimischen Filmen zu füllen hätte und daß die Befolgung dieses Verbotes alljährlich bis 15. Jänner dem zuständigen politischen Bezirksamt nachzuweisen ist, bei sonstiger Lizenzentzug. Bisher war den Kinos nur auferlegt, mindestens fünf abendfüllende Programme tschechischen Films zu spielen, diese Verpflichtung wurde also beträchtlich erhöht, wobei der Erlaß noch erwähnt, daß die früheren Vorschriften meistens nicht befolgt wurden, weshalb eine Verschärfung notwendig sei. Gewiß bedeutet die neue Verpflichtung eine Unterstützung der heimischen, „notleidenden“ Filmindustrie, ob ihr Niveau und damit auch ihre Erfolge aber durch Zwangsverordnungen gehoben werden müssen, soll nachdrücklich und ernstlich bezweifelt werden, zumal die bisherigen offiziellen Produktionsresultate in wirtschaftlicher Beziehung nicht gerade beunruhigend gelautet haben. Außerdem verrät der Erlaß einen Laien als Autor: denn ein Kino, das täglich spielt, wechselt noch nicht täglich das Programm und wenn z. B. ein tschechischer Film einige Wochen läuft, so kann die strenge Befolgung des Erlasses große Schwierigkeiten bereiten, weil natürlich auch schlechte Filme genommen werden müssen, wenn keine besseren erzeugt werden und es niemanden angeht, wenn ein Film, der einheimischen Film durch viele Wochen gespielt hat. Bedenklich ist auch das „abendfüllend“, weil es bei dem heutigen Niveau der tschechischen Wochenschauen niemand zugemutet werden dürfte, so etwas aufs Programm zu legen. Noch problematischer aber wird die Sache bei den stummen Kinos werden, die einfach keine neuen tschechischen Stummfilme mehr kaufen können, weil keine erzeugt werden; und dieser Kinos gibt es zwei Drittel der Gesamtzahl. Es müßte darum wohl doch darauf Rücksicht genommen werden, daß die Kinobesitzer nicht bedingungslos der Produktion ausgeliefert werden, die sich bis jetzt leider in den meisten Fällen als Hort der Unkultur und geschmacklosster Nativität erwiesen: hat das Innenministerium denn nicht die Möglichkeiten überblickt, die ein

solcher Erlaß für eine gewissenlose Produktion gibt? Dagegen hat das Handelsministerium in seinem neuesten Filmverlaß zwei Bestimmungen getroffen, die zum Teil begrüßenswert erscheinen. Die Verleiher werden in Zukunft nicht mehr ganze Gruppen von Filmen verkaufen dürfen, es wird darum nicht mehr möglich sein, den Kinos für einen guten Film gleich ein halbes Duzend Dreiwerte anzuhängen, was bis jetzt allgemeiner Usus war und die Produzenten wie auch Verleiher werden nicht mehr ihre Ware blind verkaufen dürfen, sondern sind gezwungen, jeden zu verleihernden Film erst einmal öffentlich auf der Filmboerse oder anderweitig vorzuführen. Damit wird ein großer Uebelstand dieser nicht geradezu übersympathischen Branche abgestellt werden: daß man nämlich mit raffinierterster Klugheit den Kunden hineinzujauchelt und ihm eine Ware aufzubehält, die oft nicht im entferntesten den in sie gestellten Anforderungen entsprechen kann. Es ist bekannt, daß die Produzenten ihre Filme auf Grund des Personen- und Regiebeschlusses im Vorhinein verkaufen, um die Betriebsmittel sicher in Händen zu haben; der neue Erlaß bedeutet hier eine wesentliche Erschwerung, doch kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die verantwortungslose Produktion schon in so vielen Fällen schädlich gewesen ist, daß eine Erschwerung hier ganz gerecht scheint, um eine gewisse Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit noch vor der finanziellen Auswertung zu erzwingen. Ob allerdings eine so einschneidende Aenderung den heimischen Produktionsmarkt nicht empfindlich verkleinern wird, muß abgewartet werden. In diesem Fall wird eine Aenderung des ersten Erlasses über die Programmabteilung unausweichlich sein. In den Verleiherkreisen dürfte der Erlaß großes Aufsehen erregt haben; es kann aber nicht schaden, wenn die Filmleute ein wenig den Bedürfnissen der Verbraucher zwangsweise angepaßt werden. Die restlichen Teile der Verordnung setzen die Einfuhr fremder Filme überhaupt unter Bewilligungszwang, was vollkommen unzulässig ist, weil der Film nicht nur Handelsartikel ist, sondern auch allgemeines Kulturgut; dann wird von den Verleiher verlangt, daß sie sich mit Kapital an der heimischen Produktion beteiligen; auch diesem Zwang wird man energisch entgegenzutreten müssen, weil dieser Protektionismus in den bisherigen Erfolgen des heimischen Films absolut nicht begründet ist. Wenn schon in die Filmwirtschaft eingegriffen wird, dann muß der Staat vor allem danach streben, die Produktion denjenigen aus der Hand zu nehmen, die bisher erfolgreich Unkultur betreiben konnten und von einer ideologi-

schon Basis nichts wissen wollten; die Drofflung der Einfuhr kann nur zur Folge haben, daß die wenigen guten Filme hierzulande überhaupt nicht mehr zu sehen sein werden und daß wir im Niveau streitbarer Filmschaffter filmisch versinken werden. Es kann also in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen worden sein. wlg.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Für den Sechsstundentag in USA.

Auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Wirtschaftskrise einen ungeahnten Umfang angenommen. Millionen von Menschen sind arbeitslos, ungeheure Warenvorräte in allen Gegenden des Landes aufgestapelt, der Produktions- und Verkehrsmittelapparat ist teilweise stillgelegt. Es ist daher nur verständlich, daß die verschiedenen Bevölkerungskreise sich mit den Problemen beschäftigen, die eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen versprechen. Wie jetzt bekannt wird, wollen in den Vereinigten Staaten die Eisenbahnen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Sechsstundentag einführen. Die dem Allgemeinen Eisenbahner Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände haben erklärt, daß eine Lohnkürzung von zehn Prozent nur als Teil eines allgemeinen Programmes für die Wiedereinstellung von einer halben Million arbeitsloser Eisenbahner in Frage kommen könne. Die Mehrereinstellung soll durch Einführung des Sechsstundentags ermöglicht werden. So kurz die Meldung aus U. S. A. ist, so befaßt sie doch, daß man es auch in der neuen Welt bereits erkannt hat, daß nur dann ein Teil der Riesenarmee der Arbeitslosen wieder beschäftigt werden kann, wenn die Arbeitszeit in weitem Ausmaße verkürzt wird.

Gerichtssaal

„Schöpferische Persönlichkeiten.“

236.000.000 Defizit = 10.500 schädigende Einleger = 8 unschuldige Angeklagte.

Prag, 26. Jänner. Es ist leider aus technischen Gründen nicht möglich, diesem ausschweifenden Prozeß auf allen den Ab- und Seitenwegen nachzugehen, die sich im Laufe des Verfahrens ergeben. Wir müssen uns damit begnügen, die Hauptlinien festzuhalten und wenigstens in den größten Zügen die gegenwärtige „schöpferische Persönlichkeit“ festzuhalten. Um so mehr als jetzt das Bankengeld zur Diskussion steht. Die Schuld oder Nichtschuld dieser zufällig hier Angeklagten kann den Richter dieser Zeit und Gesellschaft nicht interessieren. Hier steht etwas ganz anderes zur Diskussion: das Prinzip dieser durch und durch faulen Wirtschaftsverordnung an sich. Die heutige Verhandlung befaßt sich mit einer interessanten Etappe dieses Zusammenbruchs. Dem Eintritt der

Sontag-Gruppe.

die in der Verwaltungstrafung vom 13. Feber 1922 durch Koopierung von vier Mitgliedern dieser Interessentengemeinschaft bewirkt wurde. Der Zeuge Maximilian Keil, damals Verwaltungsratsmitglied, berichtete über den Optimismus, den der Anschlag der Sontag-Gruppe hervorrief. Allem Anschein stand es damals schon überlun die Bank. Es fanden vor diesem Zusammenbruch zwei Revisionen statt; eine behörd-

liche und eine seitens der Anglobank. Merkwürdig ist nun, daß die behördliche Revision ein Defizit von insgesamt 30 Millionen feststellte, das allerdings durch die Reserven bis auf 7,5 Millionen gedeckt schien, während die Anglo nur zu einem Defizit von 2,5 Millionen kam. Darüber mögen sich aber die Sachleute den Kopf zerbrechen. Tatsache ist, daß an jenem 13. Feber der Zusammenschluß förmlich genehmigt wurde. Der Vorsitzende stellt auf Betreiben eines Verteidigers förmlich eine Abweichung der für die Verwaltungsratsmitglieder bestimmten Protokollabschriften vom Originaltext des Protokollbuches fest, worauf noch später zurückzukommen sein wird. Als dann der Rach kam, wurde der Zeuge nicht dem ganzen alten Verwaltungsrat vom Liquidationsausschuß auf einen Schadenertrag in der Höhe von rund 55 Millionen gestellt, diese Klage aber in zwei Instanzen abgewiesen.

Dieser Zeuge, wie auch die folgenden, bekamen ihr damaliges Vertrauen zu der Bank. Sie hatten Aktien für neues Geld gekauft und behielten, bis sie jeden Wert verloren hatten.

Der folgende Zeuge Ing. Fodhajsky kann sich an keine Einzelheiten mehr erinnern, insbesondere nicht an jene bedeutungsvolle Sitzung vom 13. Feber, wo der durch Eintritt der Sontag-Gruppe „verjüngte“ Verwaltungsrat konstituiert wurde.

Dann folgen Protokollverlesungen von Zeugenaussagen, denen man entnehmen kann, daß Waren, welche damals im März nach den Balkanländern expediert wurden, im Oktober dort ankamen. Es genug seien die Waggon ausgeräumt und die Fracht durch Steine erlegt worden. Gasplatten seien gewöhnlich zerbrochen angekommen. Nach diesen Verlesungen wird die Verhandlung vertagt. rb.

Der Sinkaprozeß.

Die Rudwiger Fälle.

Prag, 26. Jänner. Der Postdirektor von Marienbad, dem die Anklage verschiedene fremde Diebstähle von Geld, das der Post anvertraut war, zur Last legt, hat sich vorläufig für einige Taten zu verantworten, die er vor elf und zehn Jahren in Rudwiger befangen haben soll. Diese beiden Dinge sind im Laufe der Untersuchung erst zutage gekommen.

Diese wurden mehrere Zeugen einvernommen, die über das rätselhafte Verschwinden von vier Briefsendungen auf dem Rudwiger Bahnpostamt in der Zeit vom 13. bis 14. Oktober 1920 Auskunft geben sollten. Sinka hatte damals Kontrolldienst. Der plombierte Postbeutel war nach Anstaudung wieder mit der Plombierzange verschlossen worden.

Während nun Sinka behauptet, die ganze Zeit außerhalb des (schlecht verriegelten) Posttraumes geblieben zu sein, erinnert sich der Zeuge Krenel mit Bestimmtheit, daß sich Sinka die Plombierzange von ihm ausgeliehen habe. Das Öffnen des Postbeutels ist nach Anklage des Zeugen Krenel zwar in aller Eile, aber sorgfältig erfolgt. Oberpostdirektor Schranz sagt noch aus, daß mit der Plombierzange recht sorgfältig umgegangen worden sei, während er im übrigen die sachgemäße „Arbeit“ des Diebes bekräftigt. Der Diebstahl konnte sich innerhalb zwanzig Minuten abspielen haben, in welcher Zeit der Postangestellte Krenel den Dienstraum verlassen mußte, um bei einem eingelaufenen Postzug Dienst zu tun. Daß das Schloß der Tür, welche diesen Raum abschloß, (Schloß) geworfen ist, ist durch einstimmige Aussagen sämtlicher Zeugen festgestellt.

Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

Das Zahnpaste-Plakat.

Von Gerbland.

Direktor Martined nahm den Hörer des Telefons, den ihm seine Sekretärin reichte. Wie immer, wenn er sich bemühte, seiner harten, kalten Stimme ein weiches Timbre, einen liebendwürdigen Schmelz zu geben, nuschelte er durch die Nase... „Liebste Didi“, sagte er mit einem beinahe liebenden Ausdruck in dieser sonst so geschäftsmäßigen Stimme, „Liebste Didi, es geht wirklich noch nicht! Ich muß dich schon bitten, noch einige Minuten zu warten. Du weißt ja: das Geschäft, ja, ja, das böse, böse Geschäft läßt mich nicht los...“ Er sah seine Sekretärin an, um deren Mund sich ein pflichtschuldigliches Lächeln legte, „Liebe, keine Didi, drüben in der Konditorei ist es doch ganz nett! Warte nur. Gleich bin ich da, und dann laufen wir den Ring...“ Kurz entschlossen hängte er an. Direktor Martined war ein vielbeschäftigter Mann, auf seinen wattierten Schultern lastete eine große Verantwortung. Er war der Leiter eines großen, weltumspannenden Reklamekonzerens. Wie viele Männer seines Schlages, die nur selten einem geraden Blick und meist gebogenen Rücken begegnen, die nur in Zahlen denken und riesige Transaktionen wälzen, raffte auch er sich nur selten zu einer Zärtlichkeit auf. Diese etwas plumpe, für einen korrekten Geschäftsmacher etwas groteske Zärtlichkeit lud er bei seiner Freundin Didi in reichlichen Portionen ab. In seinem Terminkalender stand in der Rubrik des heutigen Tages: „Ein Uhr, Mittagessen mit Didi im Rajcika!“ Und das bedeutete eine knappe Stunde dieser Zärtlichkeit und eine Aufspulung für den Rest des Tageskomplexes... Jetzt sah Didi, das schmalbüßige, rotblonde Tierchen mit dem rotgemalten lästernen Mäulchen in der Konditorei, die gegenüber dem Bürogebäude Martineds lag und stoberte in Modestjournalen, räusperte ihr kleines, stumpfes Näschen über die bereits veralteten „neuesten Modelle“, futterte Schloßsahne und stopfte ihr

rundes Mäulchen mit Kuchen... Die Sekretärin störte ihn in seinen Gedanken: „Herr Direktor“, sagte sie mit ihrem immer um eine Nuance zu spöttischen Lächeln, „Herr Direktor, Herr Kamerad von den Wagner-Opern-Verken wartet schon...“ und nach einer kleinen Pause setzte sie schnell, uninteressiert hinzu: „... und dann ist dieser Zeichner wieder da. Er war schon lebendmal hier und wollte Ihnen die Entwürfe für das Zahnpasteplakat vorlegen. Soll ich ihn wieder wegjucheln?“ Aber Martined hörte die letzten Sätze gar nicht mehr; sondern stellte sich bereits in Postur zu einem Empfang Herrn Kameradmann. Und vergessen war die süße, ungeduldige Didi. „Fräulein“, rief er seiner Sekretärin noch nach, „ich bin vorderhand nicht zu sprechen. Sagen Sie das der Telefonzentrale...“ Dann empfing Direktor Martined Herrn Kameradmann von den Wagner-Opern-Verken, während seine Sekretärin dem Zeichner mit einem kleinen Aufseher den wohlmeinenden Rat gab, es doch ruhig noch einmal zu versuchen. Vielleicht habe der Herr Direktor dann mehr Zeit...

Und Didi sah in der kleinen Konditorei und dachte an die Ratsschläge ihrer tuberkulösen Schwester, die Plätterin in einem Keller im Norden gewesen war und die Didi von ihrem „Zahngeld“ in den Schwarzwald geschickt hatte. Diese Schwester hatte dem kleinen Lehrmädchen Didi gesagt: „Wie die Zügel locker lassen! Immer den Mann fühlen lassen, daß man kein Stück Fleisch ist, das nur für ihn da ist... Immer mal dem Kerl ordentlich Saures geben...“ An diese Ratsschläge der älteren Schwester dachte Didi, als sie in der Konditorei lag, und sie rechnete nach, wieviel sie der Mutter morgen schiden könnte, denn sie sah nie die Riesenportionen Kuchen und Schloßsahne, die Herr Direktor Martined in seine Zahngeldsdispositionen einbezog...

Sie stoberte in Journalen und Zeitungen, und ihr gefährlicher Mund verzog sich zu einem kleinen verächtlichen Grinsen, als sie die Bilder der alten, in Ehren ergrauten, brillantenüberladenen Herzoginnen und Prinzessinnen in den

Modestblättern der eleganten Damen sah, denn das mußte sie: War sie so alt wie diese Lady's und Marquisen, dann gab es eine Straße für sie, eine lange, freundlose Straße... Sie mußte klug sein, sie durfte die Zügel nicht locker lassen...

Sie fühlte sich plötzlich beobachtet. Da sah ihr gegenüber ein junger Mann mit etwas zu wirrem Haarbüschel, mit etwas zu loserer Brauwatte, und musterte sie mit einem Blick, daß ihr kalt und heiß wurde. Schließlich mußte die kleine Didi: er zeichnete sie. Unter dem Tisch hatte er einen Zeichenblock, ja, er wagte es, sie zu zeichnen... Doch das eine Frechheit war, hatte ihr Martined schon beigebracht. Aber plötzlich überfiel sie ein Mitleid. Sie erinnerte sich der vielen Schnellzeichner, die in den eleganten Modestlokalen für wenige Pfennige porträtierten, sie erinnerte sich dieser vielen Künstler, die Martineds Tisch umlagerten, weil sie ja wußten: daß war der Reklamegewaltige! Das konnte das große Glück sein!

Schon war sie davon überzeugt, daß auch er ein solcher Schnellzeichner war, der hier in der um diese Stunde stark frequentierten Konditorei sein Glück veruchte... Er aber war es, der seine große Chance in einer Unterredung mit Martined sah, er war es, der mit seiner Dornnägigkeit ohnegleichen sein Ziel zu erreichen suchte... In einer Stunde wollte er noch einmal hinausgehen.

Diese großen, unschuldigen Kinderaugen, dachte er, diese leuchtenden Jahrreihen hinter den getünchten Lippen, dies schöne Mädel, sie mußte mein Modell sein. Wie herrlich würde sich dieser Mädchenkopf auf meinem Zahnpasteplakat machen, immer, immer möchte ich sie malen! Aber sicher ist sie die Tochter eines reichen Mannes oder die Geliebte eines Herrn, der sich alles kaufen kann auch diese Haare, auch diese Augen, diesen Mund und dies Lächeln... ach!

Ja, Didi lächelte jetzt... Geboriam nahm sie die Stellung wieder ein, die sie zu Anfang der Sitzung gehabt. Der große Junge mit dem geraden Blick gefiel ihr. Und sie mußte einen Vergleich ziehen zwischen dem zärtlichen, alles befragenden Bladem in den kalten Augen Mar-

tineds und dem freien, wohlthuenden Streichel in dem Blick des jungen Zeichners. Ja, Didi lächelte jetzt. Aber es wurde ein sehr schmerzliches Lächeln. Wofür denn warf sie ihre Jugend weg, wofür war sie einem Geschäftsmacher ein „Schmalbüßiges, rotblondes Tierchen“? Für die Schwester, für die Mutter! Für sich?

Als der Junge seine Skizze fertig hatte, zeigte er sie ihr. „Das ist schön“, sagte sie, „das ist sehr schön und wundervoll, was Sie da gezeichnet haben.“ „Rein“, antwortete er, „Sie sind schön, Sie sind wundervoll!“ Und das war ihr viel, viel lieber, als wenn ihr Martined jetzt ein kostbares Perlenkollier zu Füßen gelegt hätte. Das war ihr lieber, denn sie wußte nun: Er hatte sie nicht gezeichnet, um Geld zu verdienen, sondern nur bewegt von ihrer Schönheit...

Sie saßen nebeneinander, und Didi wünschte, Martined werde noch stundenlang aufgehalten. Aber da trat er ein. Wie immer ein süßes Lächeln in den Mundwinkeln, schaufrert, abgehebt. Etwas starr sah er auf Didis Tischgenossen. Didi vermittelte die Bekanntschaft. Dem Jungen wurden die Antie schwach, als er den Namen Martined hörte. Der Direktor fand zuerst die Fassung wieder. „Sie sind doch der junge Mann, der mich sprechen wollte! Na, zeigen Sie mal her! Ich brauche was für Zahnpaste!“ Und er nahm die Skizze, die auf dem Tisch lag. Es war Didis Porträt. Martined verglich, prüfend verglich er Didis Gesicht mit der Meiststückze.

Sein Gesicht war wieder geschäftsmäßig kühl. „Junger Herr“, sagte er, „Sie können eintreten. Sie sind engagiert. Aber merken Sie sich etwas: Ich will nie wieder auf einem Plakat oder auch auf einem Skizzenbuchblatt das Gesicht dieser Dame sehen! Denn...“ dies Gesicht gehört mir! wollte er sagen, aber er verschluckte den Satz. Dann nahm er Didis Arm, und sie gingen...

„Auf Wiedersehen!“ sagte der junge Mann ins Leere. Und Didi dachte enttäuscht: „Für eine Zahnpaste wollte er mit mir Reklame machen!“ Dann gingen sie den Ring kaufen...

